

Arbeiter-Zeitung

Montag, 8. Dezember 1930
12. Jahrgang. Nummer 286

erschint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: Wochenlich 48 Pf., 12 W. Monatslohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Monatslohn = 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Die dreigespaltenen Millimeterzeile oder deren Raum im Text 12 Pf., Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 8 Pf., Reklamepreis: Die dreigespaltenen Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptredaktion um 5 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Redaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 489 02. Druck: „Neubau“, Filiale Breslau, Kreuzer Straße 50.

Der Verrat der SPD. vom 18. Oktober übertroffen

Mehrheit des Reichstags für die faschistische Diktatur — Die KPD. fordert Bildung von Aktionsausschüssen und Organisierung der Volksrevolution — Kleiner Belagerungszustand in Breslau

In der Sonnabendssitzung des Reichstags vertraten unsere Genossen Schumann, Fuß und Torgler als einzige noch einmal scharf und klar den Standpunkt unserer Fraktion und riefen das werktätige Volk zum Kampf gegen den Faschismus auf. Wir werden die Neben

unserer Genossen noch bringen und beschränken uns heute auf einen kurzen Bericht über den Verlauf dieser denkwürdigen Sitzung. Nach längeren Debatten kam man in den Abendstunden endlich zu den Abstimmungen. Zuerst wurde über den Antrag auf Auf-

hebung der Notverordnung abgestimmt, wobei der kommunistische Antrag mit anderen Anträgen gleicher Art verbunden wurde. Die Abstimmung war namentlich, 253 Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Nazis, der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei stimmten für die Aufhebung der Notverordnung, während die SPD. und die übrigen Parteien sich für die Beibehaltung der Diktaturverordung entschieden.

Die Kampfanfrage der Kommunistischen Partei

Vor Eintritt in die Abstimmungen gab Genosse Stoeder namens der kommunistischen Fraktion folgende

Erklärung

ab: „Die Abstimmung über die Artikel-48-Gesetze der Volksauspflünderung dient lediglich der Verschleierung der faschistischen Diktatur. Im Programm der Brüning-Regierung sind alle wesentlichen Forderungen des deutschen Finanzkapitals zur Ausplünderung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes enthalten. Durch diese faschistische Diktatur will das Finanzkapital seine Herrschaft retten und den Verkaufsprozess der kapitalistischen Gesellschaft aufhalten. Die Zustimmung der großen Sozialisten von der SPD. bis zu den Sozialdemokraten im Reichstag zeigt die Rolle dieser Parteien als Stützen des Finanzkapitals. Wenn die Vertreter der Nazis die Aufhebung der Notverordnung verlangen, so bedeutet das angesichts der Zustimmung ihrer Vertreter im Reichstag nur ein demagogisches Mandat. Die

Erklärung der Sozialdemokratie zeigt dem gesamten arbeitenden Volk, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu einem Instrument der faschistischen Diktatur geworden ist.

Für das arbeitende Volk, für die Millionen Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, Angeheulte, Kleingewerbetreibende und schaffenden Bauern bedeutet die faschistische Diktatur den Weg zur Hungerkatastrophe. Für das arbeitende Volk gibt es nur einen Ausweg. Das ist der Sturz der faschistischen Diktatur, das ist die Organisierung der Volksrevolution gegen die drohende Hungerkatastrophe, das ist der siegreiche Kampf um ein Sowjetdeutschland.

Die Kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen auf, die Einheitsfront zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu bilden, überall Aktionsausschüsse zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu wählen und zum politischen Massenstreik im Kampfe gegen den Faschismus zu rufen.“

Vor der Abstimmung über die Mißtrauensanträge gab es eine kleine Stuhlbargerei über den „Vertrauensantrag“ der Nazis, der schließlich mit 298 gegen 238 Stimmen bei 22 Enthaltungen als unzulässig erklärt wurde. Die Mißtrauensanträge wurden gemeinsam gegen 258 Stimmen und einer Enthaltung mit 291 Stimmen abgelehnt, wobei wieder die SPD. der faschistischen Diktatur ihr Vertrauensvotum ausstreckte.

Auch der kommunistische Antrag zur Aufhebung der Justiz-Notverordnung wurde mit 235 gegen 307 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Das Abstimmungsergebnis bedeutete keine Überraschung nach allem, was vorausgegangen war. Der Unterschied zwischen dem 18. Oktober und dem 6. Dezember ist, wie schon erwähnt, gegeben, daß die SPD. damals ihr offenes Entree für die Diktatur durch verschleiern konnte, daß sie „nur“ der Überweisung der alten Notverordnung an den Haushaltsausschuß zustimmte, während sie gestern positiv für das faschistische Hungerprogramm und die Regierung Brüning stimmte. Sie lehnte die beantragte Aufhebung der Diktaturverordnung ab. Sie stimmte gegen das Mißtrauensvotum und sprach damit, sichtbar für alle Arbeiter, ihr Vertrauen einer Regierung aus, die, mit dem Artikel 48 verschleierte, tatsächlich die faschistische Diktatur über Deutschland proklamiert hat.

Die SPD. hat damit den Verrat vom 18. Oktober, der von der SPD. selbst als der „Schwarze Sonnabend“ bezeichnet worden war, noch übertroffen.

Alle Versuche, diese Tatsache dadurch zu entkräften, daß es darum ging, das Chaos dadurch zu verhindern, daß durch die erneute Vertagung der Brüning-Regierung verhindert wurde, daß die Nazis ans Ruder kommen, werden nicht verhindern, daß selbst die sozialdemokratischen Arbeiter sehr bald durch die Praxis erfahren werden, daß es um nichts anderes ging als um die Erhaltung der großen und kleinen Futtertruppen, die die SPD. noch inne hat.

Sie wollte am Sonnabend beweisen, daß Brüning keine Nazis zu holen braucht, so wie der „linke“ Polizeipräsident Fickner in Leipzig in diesen Tagen bewiesen hat, daß die SPD. bereit ist, den Hunger im Blute zu erlösen, so will es die ganze SPD. Sie will die Tradition Noskes lebendig werden lassen, und so hofft sie, ihrer Partei zu erhalten.

Diesen politischen Sinn werden die Arbeiter auch in der SPD. sehr bald begreifen und dann erkennen, daß es ihren Führern nicht darum ging, den Faschismus zu bekämpfen, sondern ihn zu erregen.

Kleiner Belagerungszustand

Demonstrationsverbot in Breslau

Die Arbeiterklasse wird trotzdem weiter kämpfen

Die Breslauer Polizei erläßt folgende Bekanntmachung: „Die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit ist in letzter Zeit wiederholt zu schweren Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung mißbraucht worden. Die hierdurch entstandene lebhafteste Beunruhigung der unter schwerster wirtschaftlicher Not leidenden Bevölkerung wird verschärft durch die bedrohliche Spannung zwischen Anhängern verschiedener politischer Richtungen. Unter diesen Umständen bedeuten Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Aus Grundbes § 10 II, 17 des allgemeinen Landrechts, in Verbindung mit Artikel 123, Absatz 2, der Reichsverfassung werden daher alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel für das Gebiet des Kreispolizeibezirks Breslau bis auf weiteres mit Wirkung von Montag, den 8. Dezember dieses Jahres, verboten. Von dem Verbot werden nicht betroffen Zeichenbegänge, die keinerlei demonstrativen Charakter tragen, die hergebrachten Umzüge der Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Wittgänge. Die Beamten der Polizei haben Anweisung, gegen jede Ueberschreitung dieses Verbots mit allen polizeilichen Mitteln einzuschreiten, und verbotswidrige Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel aufzulösen ...“

„linke“ SPD. vorherrschend ist, auch im „linken“ Breslau den Kleinen Belagerungszustand. Diese Tatsache wird es sein, die trotz Demonstrationenverbot die Arbeiter erkennen lassen wird, um was es heute geht. Sie werden begreifen, daß wir recht hatten, wenn wir am Mittwoch schrieben:

„Seit 1918 war die Lage noch nicht so ernst wie heute.“

Daraus werden sie lernen und sich durch das Demonstrationsverbot nicht hindern lassen, weiterzukämpfen und diesen Kampf so lange fortzuführen, bis es gelungen sein wird, das kapitalistische System zu stürzen.

Der Breslauer ADGB. im Dienst des Faschismus

Mit allen polizeilichen Mitteln soll also verhindert werden, daß hungernde Proleten auf die Straße gehen, um den Satten ihren Schrei nach Brot ins Gesicht zu rufen.

Am Anfang der Woche schrieben wir, daß der Faschismus vor den Toren steht. Dann kam Brüning, verkündete die neue Notverordnung und proklamierte offen die faschistische Diktatur.

Daß wir damit nur zu recht hatten, das haben die politischen Ereignisse im Reiche sowohl als auch besonders in Breslau eindeutig gezeigt. Die gewaltsame Niederschlagung des Straßenbahnerkampfes in Chemnitz, das Blutbad in Leipzig, wo inzwischen ein drittes Todesopfer zu verzeichnen ist, der kleine Belagerungszustand in Hamburg, dem ein solcher auch in Würtemberg gefolgt ist, wo sogar alle Not-Hilfe-Versammlungen verboten sind, beweisen das sehr eindeutig.

In Breslau aber kam noch etwas hinzu. Hier war am Mittwoch ein regelrechtes Kriegslager ausgehoben worden mit 350 schwer bewaffneten Nazis als offene Vorbereitung zum Bürgerkrieg. Alle diese Banditen aber, einschließlich ihrer Führer, sind wieder frei, weil diese Aktion nur dazu dienen sollte, vor allen Dingen den sozialdemokratischen Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

Die Arbeiter aber durchschauten den Betrug und bewiesen beim Reichsbanneraufmarsch am Freitag, daß sie zu ernstesten wahrhaften Kämpfen gegen den Faschismus entschlossen sind. Deshalb das Verbot aller Demonstrationen von heute an. Die Kampftätigkeit soll gebrochen werden. Es soll vor allen Dingen verhindert werden, daß die sozialdemokratischen Arbeiter sich in diese Front einmischen. Diese sollen unter der Gefolgschaft der Sozialfaschisten verbleiben; sollen nicht erkennen, daß sie dazu ausersehen sind, nur einen anderen Teil der Bürgerkriegsarmee zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Staates zu bilden als die braunen Mordbanden. Das hat auch die gestrige Demonstration des ADGB. gezeigt, über die wir weiter unten berichten. Wir haben also jetzt nach Plauen, wo auch die

Der ADGB. hatte gestern zu einer Demonstration gegen Lohnabbau usw. aufgerufen, die ebenso zu einer Pleite wurde wie die Reichsbannerkundgebung am Freitag. Daß es den ADGB.-Bongas nicht um Lohnabbau geht, sondern darum, die Arbeiter von dem Kampf gegen Lohnabbau abzuhalten, trat schon in der Tatsache augenscheinlich hervor, daß es der ADGB. nicht für notwendig gehalten hatte, ein Wort gegen die Brüning-Regierung oder gegen den ihr geförderten Faschismus zu sagen. Dabei muß man wissen, daß die Breslauer SPD. noch vor kurzem eine Entschliegung hatte annehmen lassen, in der ausdrücklich festgestellt wird, daß eine weitere Sitzung Brünings einer Stützung des Faschismus gleichkommt. Es kamen hinzu die Vorgänge in Jäschowitz. Wenn nicht schon diese Tatsachen zeigen würden, daß der ADGB. ebenfalls faschistisch ist, so wurde dies noch eindeutiger durch den Verlauf der Demonstration bewiesen.

Als auf dem Platz ein Zug von Arbeitern ankam, der ein Transparent mitführte, welches den Kampf gegen den Faschismus forderte, benutzte man dieses, um vor aller Welt zu demonstrieren, daß der ADGB. nicht gegen den Faschismus ist, sondern selber

faschistisch ist. Wie wilde stürzte sich eine Horde von wahrscheinlich dazu Beauftragten auf diese Arbeiter, entriß ihnen das Transparent und zertrampelte es. Das war gleichzeitig das Signal für die Schupo, als Verbündete der Sozialfaschisten in Aktion zu treten. Die Schupo fiel jetzt über diese Arbeiter her, und mit Gewandlung wurden sie zum Laivanto gebracht und verhaftet. Damit war der Demonstration von vornherein der Charakter ausgedehnt, den die SPD. auch am Sonnabend im Reichstag vor aller Welt offenbart hat.

Aber der Erfolg war den ADGB.-Bongas deshalb auch verjagt, genau so verjagt wie dem Reichsbanner am vorigen Freitag, was sich schon in der Beteiligung ausdrückte. Sie war eine Pleite im wahren Sinne des Wortes. Der Geist, der sie beherrschte, war aber so wie bei der Reichsbannerkundgebung. Die Arbeiterkraft Breslaus ist auf dem Wege zu erwachen. Sie beginnt den Betrug zu durchschauen, den man jahrelang mit ihr getrieben, und sie wird sich einmischen in die rote Massenfront unter Führung der kommunistischen Partei; und in dieser Front trotz Demonstrationenverbots den Sozialfaschismus genau so vernichten wie die nationalsozialistische Partei. (Mittwoch über die Demonstration im letzten Teil)

Belagerungszustand in Hamburg

Sämtliche Versammlungen und Demonstrationen der SPD. und KPD. verboten

Hamburg, 8. Dezember. Der sozialdemokratische Polizeisenator Hamburgs hat sämtliche Versammlungen und Straßenzüge der SPD. und KPD. verboten. Die für den 10. Dezember geplanten Demonstrationen und Versammlungen wurden verboten mit der Begründung, daß diese Versammlungen keinen friedlichen Charakter haben werden.

Nach dem Verbot der „Hamburger Volkszeitung“ folgt nun dieses Verbot aller Demonstrationen und Versammlungen der SPD. und KPD. Das Vorgehen des Hamburger sozialdemokratischen Polizeisenators signalisiert eine weitere Verschärfung der faschistischen Diktatur, deren Schrittmacher die sozialdemokratischen Führer sind.

Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands muß überall gegen diese Unterdrückung protestieren, denn was in Hamburg geschieht, kann morgen im übrigen Teil Deutschlands kommen. Bereits sind in zahlreichen Städten Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel verboten. Überall schlägt die Polizei sogar die legalen Demonstrationen der Arbeiterschaft auseinander. In Leipzig ist bereits der dritte Arbeiter seinen Verletzungen erlegen. Überall wird der Polizeiterror gesteigert.

Den nationalsozialistischen Banden, die sich bereits zu hunderten kriegsmäßig bewaffneten, gibt der sozialdemokratische Polizeisenator die Straße frei. So soll es überall in Deutschland kommen.

Arbeiter, protestiert gegen diese faschistische Unterdrückung!

Mehlfache Bluttat der Göring-Faschisten

Überfall auf Arbeitersportler. — Ein Lehrling hingemordet

Hamburg, 8. Dezember. In einer Kundgebung des Arbeitersport- und Kulturvereins Hamburg, zu der ausdrücklich freie Diskussion zugelassen war, vollführte ein Reichsbanner-Kollkommando einen organisierten Überfall auf oppositionelle Sportler. Wie wird schlugen die ausgeputzten Reichsbannerleute in großer Uebermacht auf die oppositionellen Sportler mit Gummiknüppeln, Koppeln und Stöcken ein. Ueber 50 Verletzte wurden gezählt; der Saal glück hinterher einem Trümmerhaufen. Der Schutzmacherlehrling Staud, 15 Jahre alt, ist inzwischen seinen schweren Verletzungen, die er im Saale erlitten, erlegen.

Dieses Verbrechen der ausgeputzten Reichsbannerfaschisten wird in der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands ungeheure Empörung auslösen. Mit Verachtung müssen sich alle ehrlich denkenden Arbeiter von den SPD. und Reichsbannerführern abwenden, die mit denselben faschistischen Methoden arbeiten wie die Hitler-Banditen und sich nicht scheuen, Lehrlinge durch Reichsbanner-Kollkommandos totzuschlagen zu lassen.

Die Zigaretten werden teurer!

Die Tabak-Großindustriellen wälzen die Brüningssteuern ab

Die Großindustriellen der Tabakindustrie verbreiten die Mitteilung, daß sie die Erhöhung der Tabaksteuer, die auf Grund der Notverordnung Brünings eintritt, im vollen Umfange auf die Konsumenten abwälzen wollen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen sollen die bisherigen Zigarettenpackungen zu den bisherigen Preisen beibehalten werden, aber anstatt 10 Zigaretten soll jede Schachtel nur noch 9 Zigaretten enthalten.

Das ist eine zehnprozentige Verteuerung der Zigaretten. Die Tabakindustriellen machen mit der Brünings-Notverordnung noch gute Geschäfte, sie erhalten noch große Entschädigungsummen. Die Tabakarbeiter fliegen zu Tausenden auf die Straße, die Konsumenten werden ausgeplündert, die Massen müssen auf das höchste Tabak verzichten. Für die Aufrechterhaltung dieser Notverordnung stimmen die SPD-Führer. Mit der faschistischen Brünings-Regierung und ihren sozialfaschistischen Helfershelfern müssen die wertvollen Massen abrechnen.

SAZler haben kein Vertrauen zu ihrer Führerschaft

Vorstandskonferenz der Berliner SAZ. — Mitglieder und Funktionäre haben nichts zu sagen

Ein SAZler schreibt der „Roten Fahne“: „Allein die „Rote Fahne“ hat bisher die Meinung der meisten SAZ-Mitglieder über die unerwarteten Maßnahmen der SPD. und SAZ-Führung gegen uns zum Ausdruck gebracht. Der „Vorwärts“ schweigt — auch über die Vorstandskonferenz der SAZ-Groß-Berlin am vergangenen Mittwoch. Was uns da an Schwindel und Demagogie geboten wurde, übersteigt alles bisher Dagewesene. Unser 1. Vorsitzender Lindstedt erzählte, der „Hauptgegnermann der Kommunisten, Klosemann“, habe persönlich auf der Kundgebung in den Autohallen die Zusammenstöße dirigiert. (Einen solchen Mann gibt es überhaupt nicht! Die Red.) Ebenfalls sollen drei andere Kommunisten beteiligt gewesen sein. Unsere Zureufe: „Namen nennen!“ blieben unbeantwortet. Die meisten der Funktionäre lachten über diese Märchen.“

Klosemann wurde nach wenigen Sätzen durch Zwischenrufe gezwungen, abzutreten. Lindstedt drohte mit seinem Hausrecht. Klosemann sprach dann schließlich weiter und rühmte sich in widerlicher Weise seiner Heldentaten für die Arbeiterbewegung.

In der Diskussion sprachen verschiedene oppositionelle Genossen. Man erfuhr, daß der Reichsbannermann Holz bereits vor der Kundgebung angekündigt hatte: „Wenn die Jungordner einmarschieren, gibt es blutige Köpfe!“

Diederich und Ollenhauer verteidigten die Auflösung der JSD. Die Abstimmung über einen Mißtrauensantrag gegen Lindstedt und Bösch ergab:

Von etwa 300 Anwesenden sprachen 104 Lindstedt das Vertrauen aus, 50 stimmten gegen ihn, die übrigen enthielten sich der Stimme. Für Bösch stimmten 80, gegen ihn 60.

Danach wurde ein Antrag angenommen, wonach sich die

Konferenz dem Beschluß des Bezirksvorstandes unterwirft. Weiter mit dem Jungordnerdienst und der JSD. weiter beschäftigt fliegt aus der Organisation.

So sieht die Demokratie in der SAZ. aus. Schmidt brachte dann noch einen Antrag als „Willenskundgebung“ ein, nach der die Konferenz den Wunsch auf Zurechnung der Auflösung der JSD. ausspricht. Der Vorsitzende ließ zunächst darüber abstimmen, ob über den Antrag überhaupt abgestimmt werden soll. Die übergroße Mehrheit war dafür. Jetzt griff Klosemann ein und erklärte, daß er als Parteivorsitzender die Abstimmung nicht zuläßt. Trotz großer Erregung der Konferenz unterblieb die Abstimmung. Ebenso fiel ein Antrag, die Generalversammlung auf Grund der letzten Ereignisse schon im Januar stattfinden zu lassen, unter den Tisch.“

Soweit die Zurechnung des SAZ-Funktionärs.

Diese Konferenz zeigt deutlich, daß die Führer der SAZ. und der SPD. nicht einmal das Vertrauen der Funktionäre und noch viel weniger das Vertrauen der Mitglieder ihrer Organisationen haben. Aber wenn auch nur ein Drittel der SAZ-Funktionäre für ihn stimmte, so wird Lindstedt trotzdem ohne Rücksicht auf den Willen der Mitglieder seine faschistische Brünings-Politik weitermachen. Die SAZ-Mitglieder müssen sich entscheiden: Haben sie — mit Recht — kein Vertrauen zu Lindstedt, Bösch und Klosemann, so heißt das: Sie haben kein Vertrauen zur sozialdemokratischen Partei, zur SAZ. Sie müssen daraus die politischen und organisatorischen Konsequenzen ziehen. Heraus aus der Partei und deren Jugendorganisationen. Heraus aus der Partei und deren Jugendorganisationen. Sie müssen sich der kommunistischen Partei, dem kommunistischen Jugendverband anschließen, um mit ihnen den Kampf für die Beseitigung der faschistischen Diktatur zu führen.

Früchte des sozialfaschistischen Polizeiterrors

Grzejinski plaudert über Polizeiausrüstung

Er wünscht mehr Bürgerkriegswaffen und Unruheprämien für Gummiknüppelkommandos

Die Herren Polizeichefs sind stark beschäftigte Leute. Während am Donnerstag Herr Severing Bettelreden hielt und ankündigte, daß den Erwerbslosen zu Gummiknüppelheben noch Wasserluppen gegeben werden sollen, plaudert der Polizeipräsident Grzejinski mit dem Mitarbeiter des „8-Uhr-Abendblattes“ über aktuelle Polizeifragen. Zehn Fragen waren gestellt, und die Antworten des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten sind außerordentlich lehrreich.

Zur Frage der Einschränkung der Demonstrationen erklärte Grzejinski bedauernd, daß „vorläufig nur Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge“ verboten werden können. Für ein „weitergehendes Verbot“ fehle im allgemeinen die gesetzliche Unterlage. Was will Grzejinski „weitergehendes“ als Versammlungs- und Demonstrationsverbot? Er plant also offenbar, den Hungernden überhaupt den Aufenthalt auf der Straße und auch Versammlungen in geschlossenen Räumen zu verbieten.

Zur Frage des Gehaltsabbaus bei den Polizeibeamten hat Grzejinski dann den „lebhaften Wunsch“, daß für die Beamten, die „besonderer Gefahr ausgesetzt“ sind, d. h. für die Gummiknüppelkommandos, auf „irgendeine andere Weise ein Ausgleich“ geschaffen werden soll. Also „Unruheprämien“ für besonders schneidiges Dreinhauen. Den Büro- und Verkehrsbeamten können die Gehälter weiter gekürzt werden.

Die Polizei des faschistischen Deutschlands ist zwar gar nicht polizeimäßig, sondern rein bürgerkriegsmäßig mit ausgeprägten Kriegswaffen ausgerüstet. Herr Grzejinski genügt das noch nicht. Er wünscht „technische Verbesserung“ der Ueberfallskommandos, d. h. noch mehr Bürgerkriegswaffen.

Dabei muß Grzejinski erklären: „Die Einführung von Stahlhelmen bei der Schupo braucht nicht geplant zu werden. Stahlhelme sind ein vorgesehener Ausrüstungs- und Schutzgegenstand der preußischen Polizei.“

Man redet immer soviel von der Finanznot des Staates, die so groß sei, daß man den Hungernden das letzte Stück Brot nehmen muß, aber auf die Frage „Seidet die Schlagfertigkeit

der Kriminalpolizei auch unter den Sperrmaßnahmen?“ hat Polizeipräsident Grzejinski nur ein schlichtes „Nein“ als Antwort. Die „Sparjamkeit“ hört auf, wo die Aufrüstung zum Bürgerkrieg und zum imperialistischen Raubkrieg beginnt.

Mäuserieg der Nazis

Erwerbslose demonstrieren für Arbeit und Brot. Goebbels setzt weiße Mäuse aus und wirft Stinkbomben im Kino

Am Freitagabend demonstrierten in den Berliner Straßen die Erwerbslosen und die Betriebsarbeiter gegen die faschistische Diktatur, für Arbeit und Brot. Die Polizei verordnete den Hungernden Gummiknüppelhebe für den leeren Wagen. Viele Arbeiter wurden durch Gummiknüppelhebe verletzt, ein Jungarbeiter erhielt einen Schenkeischnitt. Zu derselben Zeit, als das Berliner Proletariat im Wann einer großen Aktion stand, dirigierte Goebbels eine andere „Schlacht“. Im Mozarsaal, in dem augenblicklich der Film „Im Westen nichts Neues“ gespielt wird, organisierte er mit einigen Getreuen, unter denen sich der Expsaff Wüchmeyer befand, einen Mäusenstand.

Stinkbomben wurden geworfen und weiße Mäuse auf das Publikum losgelassen. Die Polizei war zwar im Saal, verhielt sich aber so, als stünde sie schon unter dem Kommando des Herrn Goebbels. Der wachhabende Offizier salutierte vor dem Bandenführer.

Bei dieser Gelegenheit ist es vielleicht angebracht, mal zu fragen, wo dieser Goebbels während des Weltkrieges steckte. Und der Pfaffe Wüchmeyer, der bisher nur dadurch „berühmt“ wurde, daß er den Körper eines kranken Mädchens unter der Bettdecke abtastete — reagiert er sich jetzt vielleicht bei Mäusen ab?

Die Nationalsozialisten verlangen das Verbot dieses Films, weil er mit einiger Deutlichkeit die Grauen des Krieges zeigt. Sie werden ihr Ziel erreichen. Einige Tage noch und der Film wird auf Wunsch der randalierenden Nationalsozialisten verboten werden. Goebbels zeigte sich wieder einmal als der Führer der finsternen reaktionären Truppe.

Der Kampf der Erwerbslosen um Brot interessiert den Herrn nicht. Er organisiert Theaterstandale gegen Filmhatten. — Kämpfer!

Der „Vorwärts“ erkennt Noske

Der „Abend“, die Spätausgabe des „Vorwärts“, schreibt am Freitagabend:

„Wer sich freiwillig als Heuler anbietet, hat niemals einen Funken von sozialistischen Idealen in sich gespürt. Er ist reif für den Faschismus aller Schattierungen!“

Es war im November 1918. Da sprach der Sozialdemokrat Gustav Noske das zynische Wort: „Einer muß der Bluthund sein.“ Und er wurde der Bluthund der deutschen Revolution 15 000 Proletariatskrieger zeugen von seiner Tüchtigkeit.

1921. Das mitteldeutsche Proletariat sollte niedergeschlagen werden. Der Sozialdemokrat Göring, jetzt Reichsbannerführer, kündigte an: „Der erste Tag muß blutig sein.“ Und nicht nur der erste Tag, auch die folgenden Tage wurden blutig Arbeiter wurden gemordet.

Und 1930. Am 6. Oktober sagte der gerade einmal anstellungslose Sozialdemokrat Carl Severing auf einer Polizeitagung in Krefeld: „Gummiknüppel und härtere Waffen dürfen in diesem Winter nicht außer Dienst gestellt werden.“ Und wenige Tage später holte ihn die deutsche Bourgeoisie zum preußischen Innenminister. Senker! Wer?

Bettelreden statt Brot

Der preußische Innenminister, Sozialdemokrat Severing, und der Wohlfahrtsminister, der Zentrumsmann Hirtlauer, haben Freitag eine große Propagandaveranstaltung für die Preußenregierung durchgeführt, zu der sie Vertreter der Stadt, der Wohlfahrtsorganisationen und der Presse geladen hatten. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ führte Severing dabei aus:

„Die Haushalten heider Richtungen hätten um ihn, den Polizeiminister, eine Gummiknüppellegende gebildet, als ob er Freude daran hätte, den Polizeiknüppel springen zu lassen. Ja, er wolle Hilfstruppen für die Polizei in diesem harten Winter, aber diese Hilfstruppen sollen nicht mit Knüppel und Gewehr, sondern mit warmen Rücken, Lebensmitteln und Heizmaterial antreten, um die Härten der Zeit ein klein wenig zu mildern. Jeder weiß, daß Reichs- und Staatsmittel hierfür nicht vorhanden sind. Die Staatskassen sind begrenzt. Die preußischen Minister der zuständigen Ressorts, die für die Reichshauptstadt besonderes Verantwortungsgewissen aus nationalpolitischen Gründen empfinden, haben sich daher an die Öffentlichkeit und die Wirtschaft gewandt, um eine konzentrierte zusätzliche Hilfsaktion zur Steigerung des Massenlebens in Berlin einzuleiten.“

Die gesamte bürgerliche Presse macht die Berichte über diese Konferenz groß auf, als „Hilfsaktion für die Arbeitslosen“. Es gab einmal eine Zeit in der deutschen Sozialdemokratie, da wurde mit Erbitterung gegen das bürgerliche Wohlfahrtsgetöse, gegen die Bettelreden der Heilsarmee und anderer christlicher Tanten geschrieben und geredet. Da wurde immer wieder die Pflicht des Staates, soziale Hilfe zu leisten, betont. Die Zeit ist längst vorbei. Die Sozialdemokraten sind unter die bürgerlichen Wohlfahrtsstanten gegangen. Schon vor einigen Tagen wies der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Grzejinski in einem Interview darauf hin, daß die Pflicht, zu helfen, von den Wohlfahrtsorganisationen erfüllt werden müsse.

Erst rauben sie den Erwerbslosen die Unterstützung, dann machen sie Bettelaktionen.

Die Sozialdemokraten sind heute so weit, daß sie bewußt die Pflicht des Staates, den Opfern seiner „Ordnung“ soziale Hilfe zu leisten, verneinen. Die Pflicht des Staates ist nur noch, mit „Gummiknüppel und härteren Waffen“ die Hungernden niederzuschlagen.

Das ist sozialdemokratische „Sozialpolitik“.

Werttätige Bauern Europas rücken zum Kampf!

Die vom 1. bis 3. Dezember in Berlin stattgefundenen zweite Session des Europäischen Bauernkomitees zeitigte eine Reihe beachtlicher Ergebnisse. Die Tagung stellte fest, daß in der Periode seit dem im März d. J. abgehaltenen ersten Europäischen Bauernkongreß die Krise der bäuerlichen Wirtschaft sich weiter verschärft hat, die unter der Wlast des „Schutzes der Landwirtschaft“ durchgeführten Maßnahmen der Regierungen und Parlamente lediglich den Interessen der Finanzkapitalisten, Großagrarier und Großbauern auf Kosten der werttätigen Massen dienen.

Die Agrarkonferenzen in Warschau, Sinai, Bukarest usw. dienten ebenso wie die Dumpinghege und der Warenkonkott, der Schaffung eines Antilowpreisbundes gegen die Sowjetunion. Die Tätigkeit der Saboteure in der Sowjetunion ist — wie die Tagung richtig erkannte — ein Glied in der Kette dieser Maßnahmen.

Unter Beachtung all dieser Tatsachen und der daraus sich ergebenden großen Aufgaben unterzogen die Delegierten die bisherige Tätigkeit in den einzelnen Ländern seit dem 1. Kongreß einer scharfen Selbstkritik. Diese neue Erscheinung in der revolutionären Bauernbewegung sei besonders hervorgehoben; nur durch sie war es möglich, die Schwächen der revolutionären Bewegung zu entblößen und zu positiven Beschlüssen zu gelangen, einen Schritt vorwärts zu tun.

Die Hauptaufgabe nach dem Kongreß war die Popularisierung der damals beschlossenen Kampfplattform und Sammlung breiter Massen werttätiger Bauern auf Grundlage der Plattform in bäuerlichen Komitees. In einigen Ländern, darunter Deutschland und Frankreich, wurde diese Aufgabe sehr mangelhaft erfüllt, in einer Reihe anderer Länder, besonders Tschechoslowakei, Desterreich und Holland, konnte die Tagung beachtliche Fortschritte feststellen.

Die II. Session sah ihre Hauptaufgabe darin, den Komitees nun wirksamen Kampfcharakter zu geben, d. h. sie von der Propaganda zur Aktion voranzuführen. Die Erfahrungen der revolutionären Bauernbewegung in allen Ländern haben gezeigt, daß die Beschränkung und Propaganda oder gar das Ausweichen vor den Angriffen der Gegner zum Stillstand und Rückgang, zur Vernichtung der revolutionären Bauernbewegung und zum Anwachsen des Einflusses der faschistischen Bewegung führt. Deshalb und entsprechend den Erfordernissen der gegenwärtigen Situation stand im Mittelpunkt der Beratungen die Frage der Kampfaktive, der Formen des Massenkampfes der werttätigen Bauern. Das bedeutet keineswegs, daß die Propagandierung der Kampfplattform in den Hintergrund treten soll, sondern bedeutet verstärkte Propaganda der Forderungen unter gleichzeitiger Vorbereitung und Organisation von Kampfhandlungen, seien es Demonstrationen, Aktionen gegen die Schulen- und Steuerlasten, gegen Zwangsversicherungen, Massenelbstschutz gegen faschistische Bänden usw. Mit Recht betonte die Tagung, daß dazu besondere Aufmerksamkeit auch gegenüber der werttätigen Bauernjugend und den Bäuerinnen notwendig ist, was bisher fast ausnahmslos vernachlässigt wurde.

Da die revolutionäre Bauernschaft erkannt hat, daß sie nur erfolgreich kämpfen kann im Bunde mit der Arbeiterklasse, so nur insoweit revolutionär sein kann, als ihr Kampf sich in den des revolutionären Proletariats eingliedert, daß auch den Kampf der Bauern führen muß, stand die Frage des Bündnisses mit im Vordergrund der Beratung. Beispiele, wie der Massenterror schottländischer Bauern gegen Streikbrecher, oder wie die Unterstützung der streikenden Berliner Metallarbeiter mit Lebensmitteln zeigten, wie von Seiten der werttätigen Bauern dieses Bündnis lebendigen Inhalt erhält. Aber nicht mit Unrecht erhoben die bäuerlichen Delegierten die schwere Aufgabe gegenüber dem Proletariat und der führenden Vorhut, der Kommunistischen Partei:

Du erfüllst die dir zukommende Rolle des Führers verdammt schlecht, du vernachlässigst diese Pflicht, obwohl du erkannt hast, daß zum Siege über unseren gemeinsamen Feind,

Zerschlagt die Kriegsfront gegen die Sowjetunion

Folgt dem Appell des Internationalen Verteidigungskomitees!

Ein in diesen Tagen gegründetes „Internationales Verteidigungskomitee für die Sowjetunion — gegen die imperialistischen Kriegstreiber“ erläßt folgenden Aufruf, den wir gern bringen:

**Für die Verteidigung der Sowjetunion!
Gegen die imperialistischen Kriegstreiber und Verbrecher!**

Der gegenwärtig in Moskau durchgeführte Prozeß des Volksgerichtes gegen russische weißgardistische Schädlinge und Saboteure hat bewiesen, was seit langem jeden politisch Einsichtigen klar war, daß einflußreiche imperialistische Konzerne, Gruppen und Generalstäbe planmäßig mit der russischen Konterverolution eine Interventionskrieg gegen die Sowjetunion vorbereiten. Die Tatsachen, daß in den imperialistischen Ländern eine schwere Wirtschaftskrise andauert und sich von Tag zu Tag verschärft, während in der russischen Sowjetunion der Aufbau einer starken Industrie und Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage durch den „Fünfjahresplan“ rasche Fortschritte macht, hat die Kriegsabsichten der Imperialisten verstärkt.

Einflußreiche imperialistische Kreise sehen in dem Krieg gegen die Sowjetunion den einzigen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise.

Sie hoffen auf einen neuen wirtschaftlichen Umschwung durch Einbeziehen des russischen Marktes und der 150 Millionen Arbeiter und Bauern in die kapitalistische Warenzirkulation. Der Sozialismus soll sterben, damit der Imperialismus leben kann! Gegen diesen verbrecherischen Plan, der einen neuen Weltkrieg in einem noch größeren Ausmaß als 1914 heraufzubekommen droht und gerichtet ist gegen die Sowjetunion als Unbegriff jedes fortschrittlichen, freihetlichen und sozialistischen Lebens, ist es notwendig, alle fortschrittlichen, freihetlichen und sozialistischen Arbeiter, Bauern und der mit ihnen sympathisierenden Künstler, Intellektuelle und Kleinbürgerlichen Schichten zu einem gemeinsamen Kampf aufzurufen.

Die einzige Hoffnung, die heute das internationale Proletariat hat, den immer frecher werdenden Faschismus zu überwinden, aus der Not und dem Elend der Weltwirtschaftskrise herauszukommen und den kapitalistischen Gegner in allen Ländern zu schlagen, ist die Sowjetunion.

Das Volksgericht in Moskau verteidigt nicht nur die Interessen des russischen, sondern auch die Interessen des polnischen, französischen, deutschen, englischen und internationalen Proletariats!

Das Schicksal der Sowjetunion ist das Schicksal der Arbeiter der ganzen Erde. Aus diesem Grunde ruft das internationale „Verteidigungskomitee für die Sowjetunion — gegen die imperialistischen Kriegstreiber“ die Arbeiter, Bauern, Werttätigen und mit ihr sympathisierenden Intellektuellen und Kleinbürgerlichen Schichten in allen Ländern auf, sofort eine breite Aktion gegen die Kriegshege und die Umtriebe der weißgardistischen Konterverolutionäre, für die Sowjetunion einzuleiten und sich in allen Orten zu einer roten Einheitsfront gegen den drohenden imperialistischen Krieg und zur Verteidigung der Sowjetunion zusammenzuschließen.

Zur Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung die Herstellung des Bündnisses notwendig ist.

Für die politische Entwicklung der Europäischen Bauernkomitee-Bewegung ist die von der II. Session auf Vorschlag der tschechoslowakischen Delegation beschlossene scharfe Frontstellung gegen die Grüne Internationale (Sitz Prag), und andererseits die auf Antrag der deutschen Delegation beschlossene Herstellung einer engeren Verbindung mit dem Internationalen Bauernrat (Sitz Moskau) von großer Bedeutung.

Auf dem Wege der Herausbildung einer starken, aktionsfähigen, revolutionären Bauernbewegung im Bunde mit der Arbeiterklasse ist die II. Session des Europäischen Bauernkomitees ein wichtiger Markstein.

Wir appellieren an das höchste Gefühl aller Werttätigen an die nie erlöschende internationale proletarische Solidarität unseren Ruf zu hören und zu befolgen.

Nieder mit den imperialistischen Kriegshegen und Kriegsverbrechern!

Nieder mit den Schädlingen und weißgardistischen Konterverolutionären!

Es lebe der Einheitskampf zur Verteidigung des Vaterlandes aller Armen und Unterdrückten, der Sowjetunion!

Es lebe die internationale proletarische Solidarität mit der Sowjetunion!

**Für das Internationale Verteidigungskomitee
Die Vorsitzenden:**

**Maxim Gorki, Upton Sinclair, Henri Barbusse,
Willi Münzenberg.**

Dem Aufruf schließen sich in Deutschland an:

Arthur Hollitzer, Ernst Toller, Alfred Kerr, Dr. Kurt Hiller, Eugen Erwin Kisch, Karl Schnel, Redakteur, John Harffeldt, Otto Nagel, Otto Heller, Prof. Goldschmidt, Max von Schuler, Edwin Visconti, F. C. Weitzel, Dr. Kurt Reppen, Felix Ganschow, Schauspieler, Hans Eisler, Dr. Lothar Wolf, Ernst Busch, Ludwig Renn, Schriftsteller, Martha Kauders, Wieland Herzfelde, René Stobrawa, Erich Weinert, H. Moller, Dr. Ruben Wolf, Dr. Paul Heidegger, Hans v. Jochl, Emil Klabod, Dr. Bruno Igel, Arthur Segal, Kunstmaler, Dr. Schmitz, Piel Juhl, Regisseur, Rechtsanwalt Gerhard Obach, Dr. Felix Ausländer, Dr. Felix Schiff, Dr. Boehm, Prof. Reich, Erich Baron, Dr. Jürgen Kuczynski jun., Ernst Gähler, Schriftsteller, Prof. Grünberg, Hans Jäger, Schriftsteller, Johannes K. Böcher, Maler, Itallen, Prof. Otto Ditz, Gerhard Blaser, Schauspieler, Otto Trautsholtz, Ineh Wegel, Kunstmaler, Beria Laet, Schriftstellerin, Albert Holopp, Schriftsteller, Otto Scholl, Kunstmaler, Prof. Georg Schell, Karl Schöng, Schriftsteller, Hermann Walden, Dr. Hermann Dander, Hannes Moller, Architekt, Oskar Maria Graf, Oskar Fischler, Moller, Otto Griebel, Kunstmaler, Heinrich Ehmke, Dr. med. Egonburg, Richard de Krayer, Moller, Franz Klei, Schriftsteller, Hermanna zur Mühlen, Stefan J. Klein, Schriftsteller, Charles Grob, Moller, Erich Moller, Herbert Garbe, Bildhauer, Emp Koeder, Bildhauerin, Ernest Reuschel, Moller, Heinrich Rahn, Moller, Heinrich Reinhardt, Berleper, W. Reich, Architekt, Konrad van der Schmitt, Studentent, Dr. H. Günther, Dr. Heria Klefe, Margita, Dr. Peter Kober, Schriftsteller, Kurt Tsch, Schriftsteller, Wolfgang Kasper, Dramaturg, G. Heibitz, Grafiker, Daniel Selp, Grafiker, Herbert Gellert, Schauspieler, Herbert Meyer, Grafiker, Emma Seibel, Schauspielerin, Christian Kisch, Hans Dr. Friedrich Baul, Jola Butt, Gymnasiallehrer, Paul Schlegel, Kurt Cauerland, Walter Karich, Dr. Kurt Tscholke, Rudolf Reonhard.

und folgende Gruppen und Organisationen:

Abtator-Kollektiv / Gruppe Junger Schauspieler / Internationales Arbeiterkette / Bund der Freunde der U.S.S.R. / Bund Revolutionärer Sozialisten / Arbeitergemeinschaft sozialer Organisationen / Rot-Blitz / Bund revolutionärer bildender Künstler / Sozialistischer Schülerbund / Arbeiter-Theaterbund / Opposition im Volkshaus / Arbeiter-Gesamterhebung Reichsbund freiesozialistischer Studenten / Arbeitergemeinschaft für marxistische Propaganda / Bund proletarischer Freiheiten / Proletarische Freidenkjugend / Marxistische Arbeiterkette / Proletarische Elternkette / Freies Arbeiterhaus / Arbeiterkreis des Rheinlandes / Kampfgesellschaft gegen Kulturreaktion / Bund proletarischer Freidenker / Sozialistischer Bund / Deutscher Arbeiterkette / Opposition / Opposition der Arbeiter / Junge Sozialisten / Arbeiterkette / Internationales Bund der Arbeiter des Reiches und der Arbeit / Liga gegen Kolon. Unterdrückung / Antifaschistischer Kampf / etc.

„Achtung, Achtung, hier spricht Moskau!“

Macdonald will den Sowjetrußland verbieten

Maxim Gorki, der partellose russische Dichter, hat vor einigen Tagen im Moskauer Rundfunk eine Rede in englischer Sprache gehalten, die sich an die Arbeiter in Großbritannien richtete und starken Widerhall beim englischen Proletariat gefunden hat.

Diese Tatsache ist dem englischen Kapital stark auf die Nerven gefallen. Obwohl Henderson im Unterhaus erklärte, daß man aus der Rede Maxim Gorkis „keinen unmittelbaren revolutionären Appell“ herauslesen könnte, erlaubt sich das sozialfaschistische Regierungsblatt „Daily Herald“, die Sowjetunion wegen dieser Ausprache des partelosen weltberühmten Dichters „ernstlich zu warnen“ und als „Feind des Friedens“ (!) zu titulieren. Hierzu gehört schon eine anständige Portion Frechheit und Unverschämtheit, wo gerade im Moskauer Prozeß die Kriegstreiber Churchill und Oberst Lawrence an Pranger stehen!



(Copyright des Internationalen Arbeiter-Verlags, Berlin.)

58. Fortsetzung.

„Machen Sie uns freiwillig Platz, oder wir beschlagnahmen Ihnen einen Raum!“ drohte nun auch Murr.

„Der Teufel hole euern Dreck!“ fluchte der Bauer, öffnete nun aber die Tür ganz und kam hervor. „Einmal kommt die Reichswehr, dann Ihr, dann wieder die Reichswehr und so geht es in einem fort!“

„Wir müssen eine Unterkunft haben!“ erklärte Franz Kreuzat ruhig. „Die Leute können nicht nachts draußen in der Kälte liegen bleiben!“

Der Bauer sah argwöhnisch von einem zum anderen: „Und wenn mir's dann wieder so geht wie das letztemal? Ein halbes Duzend Führer haben mir die Kerls geklaut!“

„Sie brauchen vor uns keine Angst zu haben!“ versicherte Franz. — „Die von der Reichswehr haben das auch gesagt und haben doch geklaut!“

„Sie dürfen nicht alle über einen Kamm scheren, Mann!“ mischte sich Murr ins Gespräch. „Wenn Sie gesehen hätten, was die Reichswehr sonst getan hat, dann wüßten Sie, daß die vor keiner Gemeinheit zurückschrecken!“

„Beide Sorten taugen nichts!“ erwiderte der Bauer ärgerlich. Murr erzählte ihm von dem Toten, den sie im Walde gefunden hatten.

Der Bauer horchte auf. „Ich habe auch einen gefunden! Kommt mal mit!“

Murr und Franz Kreuzat sahen sich bestürzt an und folgten dem Bauer fünfzig Schritt tiefer im Walde bis er stehen und scharrte mit dem Holzschuh einen Laubhaufen auseinander. Eine Leiche wurde freigelegt. Es war ein Arbeiter. Der Kopf des Toten war ebenso wie bei dem ersten Toten durch Kolbenschläge verstümmelt.

Der Bauer wandte sich ab und spuckte aus. „Wißt Ihr, daß sich Menschen so tierisch zuriichten, habe ich nicht mal im Felde erlebt!“

„Sie sehen, mit wem wir es zu tun haben!“ sagte Murr. Der Bauer pendelte bedächtig mit dem schweren Schädel. Er trotzte wieder seinem Kott zu. Murr und Kreuzat folgten. In der Tür erwartete sie die Bäuerin: „Na — was gibt's denn?“ fragte sie mürrisch.

„Mach' den Leuten einen Raum frei!“ sagte der Bauer. „Damit sie dir das letzte Vieh stehlen!“

„Es sind vernünftige Leute!“ erwiderte der Bauer. „Ich kann euch wohl die Scheune überlassen,“ sagte er dann. „Ihr müßt aber aufpassen, daß sie mir nicht in Brand gesteckt wird!“

„Wir werden schon aufpassen!“ versicherte Franz. Der Bauer machte eine Handbewegung: „Versprecht nur nicht zuviel!“

Sie verließen das Haus und gingen die Posten ab. Die Posten begannen zu frieren und murrten. „Wißt du zurückgehen?“ fragte Franz Kreuzat Murr, „vielleicht sind Transporte angekommen! Sieh zu, daß du ein paar Gruppen mitbringst!“

Murr nickte und hing seinen Tornister, der beim Maschinengewehr gelegen hatte, um. Er drückte Franz Kreuzat die Hand und sagte: „Bin ich in anderthalb Stunden nicht zurück, dann sieh' zu, wie du dich durch die Nacht schlägst! Wir kriegen Rebell, es wird nicht leicht sein, sich im Nebel und in dem Gestrüpp hier bei Nacht zurechtzufinden!“ Dann ging er fort.

Franz streifte wieder von Posten zu Posten. Er verspürte Hunger, da er sich keine Zeit genommen hatte, im Schlosshofe mitzuesessen. Der ständige Frost durch die Wälder, die Unruhe, die sich seiner nach Murr's Fortgang immer stärker bemächtigte, ermüdete ihn. Er hockte sich in der Nähe des Maschinengewehres auf einen Wegstein und grübelte vor sich hin.

Eine Stunde ging herum. Er stand auf und begann wieder die Posten abzulassen. Überall verängstigte Geschrei und Fragen. Eine zweite Stunde lief ab. Franz war die Kehle wie zugeschnürt. Er hockte wieder auf dem Wegstein. Dichte Nebel erhoben sich, in denen die Sonne verschwand, immer dümmiger

und dichter wurde es. Bald verdichtete sich der Nebel so, daß ein Posten den anderen nicht mehr sehen konnte.

Franz Kreuzat gab Befehl, die Zwischenräume abzupatrouillieren, damit sich kein Kostit vorbeischießen konnte. Mürrisch wurde er von den Kameraden empfangen. „Man kann dir ruhig in die Presse hauen,“ sagte einer der Posten, „und du weißt nicht, wer's getan hat!“

„Geduldet euch, bis Hilfe kommt!“ sagte Franz. Es ging schon in die dritte Stunde hinein. Vorn begannen die Reichsmehrschützen ein regelrechtes Schützenfeuer und die Arbeiter mußten sich in acht nehmen, da die Geschosse oft an ihren Köpfen vorbeispiessen.

„Paß auf, Franz, die Kostas greifen in der Dunkelheit an dann sitzen wir im Sad!“ brummte eine Postenstimme.

Franz wurde böse: „Macht euch nicht selbst was vor, ihr habt es alle gewußt, daß es auf Tod und Leben geht! Paßt lieber auf und knurrt nicht! Draußen habt ihr auch die Presse gehalten, als ihr amotatelang im Graben gesessen habt!“

Sie wurden still, kauften gespannt in die Wälder und schreckten bei jedem Geräusch empor. Die zitternden Hände griffen nach den Gewehren. Wenn ein dürrer Zweig zu Boden raschelte, sprangen sie auf und knallten in den Nebel hinein.

„Krafft euch nicht gegenseitig über den Haufen!“ warnte Franz, besonders die Jüngeren, die zum ersten Male ein Gewehr gebrauchten.

Er ging ruhig durch das wallende Nebeldunkel, tappte sich bis zum Schloß hindurch und schickte alle Abgelassen an ihre Plätze, um die Posten zu verdoppeln. Dann begab er sich wieder zu der Waldjunge, wo der Schindler mit dem alten Metalller stand. Die beiden fluchten und starrten ins Ungewisse hinein. Der Schindler war nicht von der Stelle zu bringen. Er hatte jede Ablösung abgelehnt aus Furcht, der nächste Posten könnte nicht wachsam genug sein.

„Halt! — Wer da? — Weßel!“ — gab Franz Kreuzat das Parolewort, das sie vereinbart hatten.

„Merck, du wilst hier blödsinnig!“ brummte der Metalller. „Wenn ich hier noch lange so herumstehen soll, dann könnt ihr mich morgen nach Suttrop!“ schrien!“

*) Suttrop = Grenzort.

Poincaré auf der Anflagebant

Moskau, 5. Dezember. Der Schluß der Anklagerede des Genossen Krylenko beschäftigt sich neben der besonderen Charakterisierung der Rolle des französischen Imperialismus und der persönlichen Rolle Poincarés besonders eingehend mit der Tätigkeit der Schädlinge in den einzelnen Industriezweigen der Sowjetunion. Genosse Krylenko führt aus:

Jeanin, der Vertreter Poincarés

Der Name Jeanin als Vorsitzender der Kommission zur Ausarbeitung des Planes für die Intervention gegen die Sowjetunion ist hier genannt worden. Jeanin ist für diesen Posten als Militär mit praktischer Erfahrung bei der Intervention in Rußland die denkbar beste Kandidatur. Die Vorbereitung von Sabotageakten in der kriegswichtigen Sowjetindustrie sowie der Beginn des Aufbaus einer Militärorganisation sind Tatsachen. Ebenso glaubwürdig sind die Mitteilungen der Angeklagten über ein

Zusammentreffen zwischen dem Torgprom und Poincaré.

Poincaré fragt nach Einzelheiten des „angeblichen“ Plans einer Intervention gegen die Sowjetunion. Sein eigener Artikel vom 28. Februar 1930 im „Excelsior“ gibt Antwort: sein Hinweis auf „Die Gefahr von Grenzkonflikten in Bessarabien und Polen“ fällt zusammen mit den Aussagen der Angeklagten. Ebenso läßt sein Artikel vom 30. Oktober: „Die Straßen der Sowjetunion“ keinen Zweifel über den bößartigen Haß des Autors gegen die Sowjetunion, um sie zu vernichten.

In dieser Atmosphäre ist die Verbindung mit dem Torgprom, das sich selbst als

„Inoffizielle Botschaft der russischen Emigranten in Frankreich“

bezeichnet, mehr als wahrscheinlich. Poincaré schließt seinen Artikel mit den Worten: „Genug gekichert!“ Auch wir sagen: „Genug der Scherze!“ Die detaillierte Vorbereitung der Sprengung von Kriegsbetrieben, die ausgebreiteten Aktionen französischer Agenten, der Aufbau einer verräterischen Militärorganisation, — das sind keine Scherze. Alles das macht die Glaubwürdigkeit dieser Teile der Aussagen der Angeklagten vollkommen sicher. Unsere Aufgabe ist nunmehr, die individuelle Schuld am Dienste des Torgprom, der französischen Regierung und des französischen Generalstabes festzustellen.

Die Arbeit der Schädlinge

Gründlich wurde die Tätigkeit der Industriepartei in allen Zweigen der Sowjetwirtschaft untersucht. In der Brenn-

stoffindustrie konzentrierte sich die Tätigkeit der Schädlinge vor allem auf das Donez-Kohlenbecken, auf das Moskauer Kohlengebiet und das Kohlenrevier Kusniek. Überall wurde die Zurückhaltung der Produktion und die Verhinderung der Entwicklung der Transportwege betrieben.

Ohne Zusammenarbeit mit einem konkreten Interventionsplan wäre diese Schädlingearbeit sinnlos.

Das gleiche Bild zeigt sich in der Metallindustrie, im Eisenbahnbau und in der Textilindustrie. Gerade in der letzteren ist ein gewisser Reford an Schädlingearbeit geleistet worden. Infolge des frühen Beginns der Schädlingearbeit in der Textilindustrie war sie dort außerordentlich differenziert und die Verbedungsmethoden besonders raffiniert ausgearbeitet.

Das Gericht konnte feststellen, wie sogar schwierige persönliche Interessen der Schädlinge an Empfang von Belohnungsgeldern englischer Fabrikanten durch tiefgründige theoretische Argumente ehrwürdiger Professoren verschleiert wurden.

Der Bau luxuriöser Textilfabriken wurde unter der demagogischen Forderung von Fabrikpächtern angepriesen. Hierdurch wird es verständlich, daß die Schädlinge so lange Zeit ihr Handwerk ungehindert verrichten konnten.

Besonders gemein erschienen die Methoden der Schädlinge, wenn sie sich

gegenseitig in öffentlichen Diskussionen planmäßig als Schädlinge verdächtigten.

Auch die Spezialfragen militärischen Charakters haben wir kennengelernt. Wir haben die

Sabotageakte in der Kriegsindustrie, die Tätigkeit in den Militärorganisationen und die Verbindung mit den französischen Agenten

endgültig geklärt. Auch hier sind die Ausführungen der von der Zentrale gegebenen Direktiven in unserer Hand. Die geheimnisvollen Herren R... und R... sind persönlich genau festgestellt und uns als lebendige Menschen bekannt. Die Richtigkeit der Aussagen der Angeklagten über die Rolle dieser Personen und

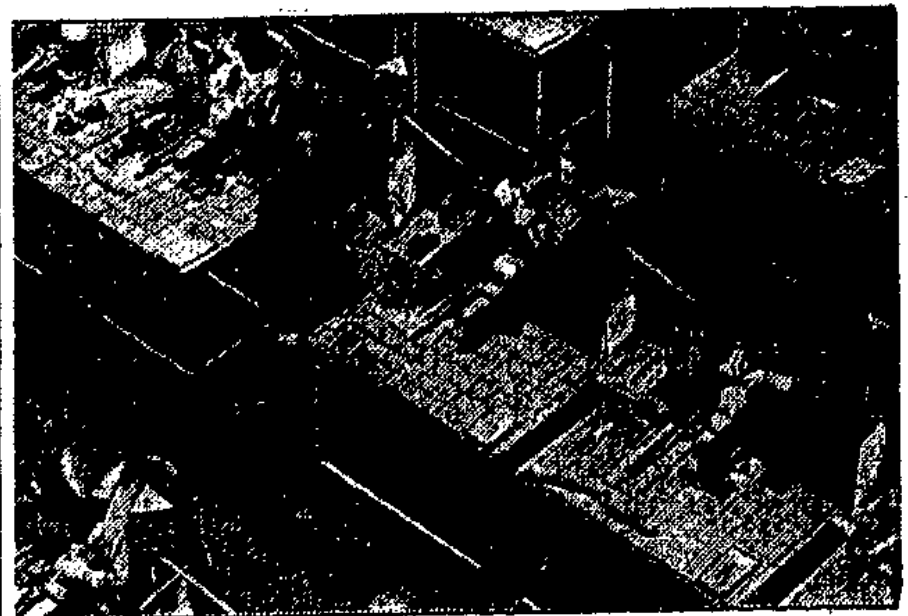
ihre Verbindung mit dem französischen Generalstab ist widerspruchlos geklärt.

Nach dieser Untersuchung können wir mit größtem Nachdruck von der

realen furchtbaren Gefahr einer Intervention unter französischer Führung sprechen.

Genosse Krylenko nimmt dann eine ausführliche Charakterisierung der einzelnen Angeklagten vor, wobei er die Rolle jedes einzelnen noch einmal besonders heraushebt. Anschließend daran erfolgt der bereits gestern mitgeteilte Antrag auf Todesstrafe durch Erschießen für sämtliche Angeklagten, der unter körniger Begeisterung der im Gerichtssaal anwesenden proletarischen Massen angenommen wurde.

Das Land ohne Arbeitslosigkeit



Das ungeheure Wachstum der Volkswirtschaft der Sowjetunion, dank der Masseninitiative der Arbeiter und Bauern, hat zur restlosen Liquidierung der Erwerbslosigkeit geführt. Die Arbeitsnachweise verwandeln sich aus Organen, die die Verteilung der Erwerbslosen zur Aufgabe hatten, in Organe zur Heranbildung neuer qualifizierter Arbeiterkaders für die wachsende sozialistische Industrie. Unser Bild zeigt eine der Abteilungen der Werkstättenlehrgänge des Moskauer Arbeitsnachweises

Die Stimme der Millionen

Gegen die konterrevolutionären Schädlinge

Die Nachricht von der Aufdeckung der Verschwörer und Schädlinge brachte Millionen Proletarier und Werktätige der Sowjetunion in Bewegung. In allen Industriezentren von Leningrad bis Sibirien und Ural, auf den Kollektivwirtschaften und den Sowjetgütern, in den Truppenteilen der Roten Armee und auf den Kriegsschiffen, in den Elementar- und Hochschulen, überall werden tausende Versammlungen einberufen, in denen die Anklageakte in Sachen der konterrevolutionären Industriepartei erörtert werden.

Die Redaktionen der Zentralorgane sowie der ungezählten Provinzzeitungen der Sowjetunion werden mit ihren Kommentaren zu den zahlreichen Resolutionen und Zuschriften aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und Kollektivwirtschaftsbauern nicht fertig. Aber auch die anderen Schichten der Bevölkerung, die Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker, Pädagogen, Künstler, die Mannschaften der Roten Flotte und die Rotarmisten haben zahlreiche Resolutionen angenommen, die die Zeitungen nicht alle abdrucken können.

Diese Stimme der Millionen ist an die leninistische Partei, an ihren fähigsten Führer, das Zentralkomitee der KPdSU, gerichtet. Die Massen erklären einmütig, daß die Intrigen des internationalen Imperialismus und die Aktionen seiner Schädlingeagenten den festen Willen des täglich an den Maschinen und Traktoren, auf den Bauten und in den Eisenbahnerwerkstätten, in den Kohlenkäufen und an den Hochöfen für das Stoßtempo zur Durchführung des sozialistischen Fünfjahresplans in vier Jahren kämpfenden Proletariats nicht brechen werden. Kein Nachlassen des eingeschlagenen Tempos kein Abweichen von den Beschlüssen des XVI. Parteitag oder von der Generallinie, kein Beiseitertreten.

In den Betrieben entstehen immer neue und neue Stolzbrigaden, es werden neue Wettbewerbsverträge geschlossen, es beginnen neue Zeichnungen für die Staatsanleihe des Fünfjahresplanes in vier Jahren. Es werden Luftschiffe gebaut. Die Rumpels des Donezbeckens sagen dreitägige und zehntägige Sturmangriffe auf die Kohlenkäufen an. Es ist unmöglich, alle Formen der Aktivität und Initiative der Arbeiterschaft aufzuzählen, die durch die Alarmnachricht über die Entdeckung der Schädlingeorganisationen angeregt wurden. Die Zahl der Kollektivwirtschaften nimmt zu, und tausende neue Einzelwirtschaften schließen sich ihnen an, in die Getreideanbaupunkte strömen rote Wagenkolonnen mit dem außerplanmäßig gelieferten Getreide der Kollektivwirtschaften wie der Einzelbauern unter den Lösungen der Ergebenheit für den sozialistischen Aufbau, unter Flieden gegen die Spionbanden und unter dem Gelächern, die Sowjetunion mit ihrem Leben zu verteidigen falls die Imperialisten es wagen sollten, sie anzugreifen.

Diese Proteste in den Versammlungen der Millionenmassen sind eine drohende Demonstration der kampfbereiten Kräfte. Dies ist die wahre Stimme der Millionen Proletarier und Werktätigen der Sowjetunion. Sie werden es nicht gestatten, daß man ihre schöpferische, friedliche Arbeit antastet, aber wenn es sein muß, werden sie mit dem gleichen Eifer, mit dem sie jetzt die riesengroßen Industriewerte und das sozialistische Dorf aufbauen, die Interventionisten angreifen und ihnen die Luft zur Restauration des Kapitalismus im Lande der Oktoberrevolution nehmen.

Es wird wieder warm

Nach den Berichten der Wetterpropheten: soll die in den letzten Tagen über Deutschland lagernde kühle Witterung bereits heute wärmeren Luftmassen weichen. Die Temperaturen in Berlin sind bereits gestern wieder einige Grad über Null gestiegen. Die Erwärmung soll in den nächsten Tagen fortschreiten. Mit Niederlagen ist nicht zu rechnen. Für heute lautet die Prognose wärmer, trübe und verhältnismäßig trocken.

Geheimnisvolles Massensterben im belgischen Maastal

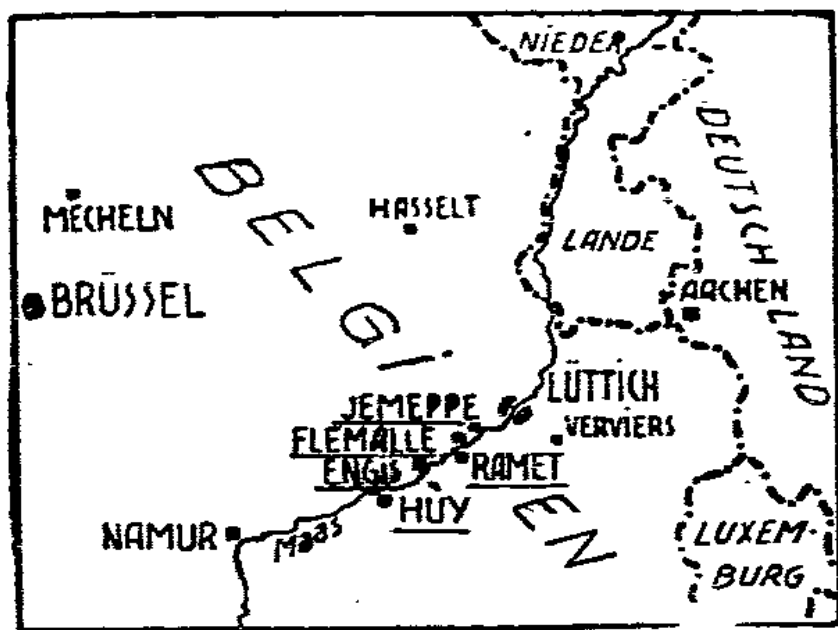
Giftgase morden 60 Menschen

Experimentiert man im belgischen Festungsgebiet mit neuen Giftgasen?

Brüssel, 6. Dezember. In acht verschiedenen Dörfern des belgischen Maastales hat sich eine Katastrophe zugetragen, die bisher 60 Menschenleben gefordert hat und über deren wahre Ursachen man nach offiziellen Verlautbarungen zur Stunde vollkommen im Dunkeln tappt. Durch giftige Nebel, dessen Natur und Ursprung völlig ungeklärt ist, sind bis jetzt in den verschiedenen Dörfern rund 60 Personen getötet worden. Man befürchtet jedoch, daß diese Todeszahlen noch unvollständig sind, da sie auf polizeilichen Angaben beruhen. Die Krankheitssymptome sind Schmerzen in der Brust und ein heftiger trockener Husten. Im Laufe des Sonnabends breiteten sich die mörderischen Giftgase auch auf die nördlichen Provinzen Frankreichs aus.

Zodenskampf der entseelten Bevölkerung

Der rätselhafte Giftgasnebel erstreckte sich bis weit in die Gegend von Lüttich hinein. Überall bemächtigte sich in den Dörfern und kleinen Städten der Bevölkerung Panikstimmung. Kaum wagen sich die Menschen aus ihren Häusern.



Die Lage der Todesdörfer

Mit allen möglichen Hilfsmitteln versuchen sie Türen und Fenster gegen das Eindringen der Giftgase abzuhalten. Sogar in Belgiens Hauptstadt, in Brüssel, trifft man Vorbereitungen, um sich gegen das mörderische Gas zu schützen.

Das große Rätselraten um den geheimnisvollen Massenmord

Ganz Belgien steht unter dem Eindruck dieser ungeklärten Katastrophe und diskutiert leidenschaftlich deren wahre Ursache. Nebenbei werden Gerüchte und launige Witzschäfer befragt, die

aber ebenfalls nur mit den Achseln zucken. Die belgischen Nationalisten, deren Struppellosigkeit in bezug auf Völkerverehrung nicht den deutschen Patrioten nachsteht, fallen vom „deutschen Giftgas“, das vom Weltkrieg her in dieser Gegend vergraben und nun erst die Luft verpestet. Von offizieller belgischer Seite dagegen will man der Welt Glauben machen, daß die Ursachen bereits aufgeklärt sind, und zwar soll der ungewöhnlich dichte Nebel ganz besonders auf bereits Herz-, Lungen- und Kehlkopfkrankte gewirkt haben. „Das Geheimnis des Massensterbens wäre damit vollkommen gelöst. Es hätte zwar eine ungewöhnlich große Zahl an Todesfällen gegeben, die aber alle auf ganz natürlichen Ursachen beruhen.“ Soweit das Beruhigungsgerede der belgischen Regierungskommission für Hygiene. Aber seltsam, nach Meldungen aus allen Dörfern stirbt jedoch

auch das Vieh auf dem Feldern unter den gleichen rätselhaften Umständen

und kraft somit allem Beruhigungsgerede Lügen. Drittens neigt man zu der Annahme, daß der tatsächlich ungewöhnlich dichte Nebel der letzten Tage von Giftgasen durchdränkt war, deren Herkunft aus der Gegend von Lüttich zu suchen ist, wo sich viele Kohlengruben, Eisen- und Zinkwerke sowie chemische Fabriken befinden. Man folgert nun, daß die giftigen Abgase chemischer Fabriken, anstatt wie bei klarem Wetter in die Luft abzugleiten, durch den Nebel zu Boden gedrückt worden sind und Personen, die herz-, Lungen- und Kehlkopfkrank waren, einfach erstickten.

Unsere Ansicht

Alle diese Erklärungen sind, so scheint es uns, vollkommen ungenügend. Chemische Fabriken mit starkem Gasabzug durch die Luft gibt es schon seit Jahrzehnten, und noch nie hat man davon gehört, daß Menschen dadurch umgekommen sind. Daher sind wir der festen Meinung, daß im Lütticher Festungsgebiet sich Geheimlaboratorien befinden, durch deren chemischen Experimente ein neues Giftgas zu erfinden, wie im Falle der Hamburger Wasser-Eruption das Massensterben verursacht wurde.

Waldenburger Bergland

Zirlau

Ausbeutermethoden bei der Firma Carow-Friedland

Oben genannte Firma läßt in Zirlau bei der Poststelle Erarbeiten (Nadeln) ausführen. Zu diesem Zwecke holte sich am Montag die Firma vom hiesigen Gemeindevorstand Wohlfahrtsempfänger. Diese sollten für nur 30 Pfennig den laufenden Meter ausführen (etwa 80 Zentimeter tief), das alte Nadel herausreißen, das neue hineinstecken und dann noch zusägen. Alles zusammen für 30 Pfennig. Als die Wohlfahrtsempfänger mit Herrn Carow verhandelten, daß dies doch etwas zuwenig ist, sie aber gewillt sind, zu arbeiten, wenn er nur für das Ausführen 30 Pf. bezahlt, sagte Herr Carow: „Wenn ihr für dieses Geld die Arbeit nicht macht, könnt ihr wieder gehen.“ Und die Arbeiter gingen auch, weil sie sich nicht als Lohnarbeiter benutzen lassen wollten. Da die Arbeiter alle gingen, geriet Herr Carow in Wut und beschimpfte noch obendrein die Arbeiter. Diese ließen sich das aber nicht gefallen. Nun will der selbe Herr den Wohlfahrtsempfängern die Unterstützung entziehen lassen.

Arbeiter, erkennt das Ziel dieser Prüftätigkeiten. Denn diese wollen euch gemeinsam mit den Arbeitsämtern zum Verhungern zwingen, indem ihr für Hungerpennie arbeiten sollt. Tut ihr das nicht, dann wird euch die Unterstützung entzogen. Arbeiter, wehrt euch dagegen. Tretet ein in die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die gemeinsam mit den Erwerbslosen und Betriebsarbeitern diese Ausbeuter der Arbeiterklasse bekämpft.

Alle Erwerbslosen, Ausgesteuerten, Männer wie Frauen, kommen am Montag, dem 8. Dezember, ins Gesellschaftshaus Zirlau zur Erwerbslosenversammlung.

Schweidnitz

Vergeblische Arbeit und Mühe

Selt wird in Schweidnitz eine Zweigstelle der „Arbeiter-Zeitung“ haben, verbunden mit einer proletarischen Buchhandlung. Lommen fast alle Tage ganz gut bekannte Gesichter der Garde des Herrn Oberinspektors Scheil. Immer ran nach dem Motto: „Suchet, und wir werden wahrhaftig euch finden.“ Diese Woche waren die schweidnitzer Gesichter schon dreimal da und mühten zu unserem Schummer immer mit leeren Händen abziehen. Unser herzlichstes Beileid.

Die beleidigte „Volkserzieherin“

Unsere Notiz über die Heidenraten des Fr. Füsting hat nun in den katholischen Kreisen des „schleischen Reichs“ wie eine Bombe eingeschlagen. Großes Verhör in den Klassen. Lange Zeit wird ein Arbeitermädchen gefragt, wem sie es eigentlich verraten hat. Schwere Strafen werden dem Kinde angedroht. Natürlich vergebens, denn auch proletarische Kinder können schweigen. Die „Waldenburger“ Jungfrau erscheint persönlich auf unserem Büro und bittet ganz naiv um den Namen des Arbeiterkorrespondenten. Sie war ganz untröstlich, als unsere Genossen das nicht konnten. Auf die Verächtlichkeit sind wir selber gespannt.

Eine Anfrage an Herrn Hielscher

Sage mal, Kollege Hielscher, du willst Betriebsratsobmann der Anonwerte sein, und willst angeblich die Kollegen gegenüber dem Inhabermertum vertreten. Warum beruht du keine Belegschaftsversammlung ein, die zu der brennenden Frage der Ueber- und Sonntagarbeit Stellung nimmt?

Warum kriegst du mit deinen Freunden hinter verschlossenen Türen und hast nicht den Mut, dich vor der Belegschaft zu verantworten?

Ist es wahr, daß du, der doch immer soviel auf eine rechte Weise halten willst, einverstanden bist, daß prominente Vertreter des RHD gleichzeitig als Händler und Vertreter der Radioapparate der Firma fungieren? Kollege

Hilfher, wie lange willst du noch auf deinem Posten verharren? Das Vertrauen der Mehrheit der Belegschaft hast du ja doch nicht mehr!

Bolkenhain

Dumme gesucht

Nachdem im vorigen Jahre der Arbeitsminister Wiffell (SPD) den Schlichter der Textilarbeiter für verbindlich erklärt hatte und die Textilarbeiter sahen, daß sie schändlich betrogen worden waren, brach eine Revolution unter den Textilproleten aus. Um diese abzuwehren, ließ man in allen Betrieben eine Anzahl Plagen gegen die Textilgewaltigen einreihen. Im hiesigen Betrieb waren es 180, die die Plagen unterschrieben hatten. Da sich diese Plagerer nun jetzt als das, für was wir sie im voraus bezeichneten, nämlich als „Beruhigungspille“ erwiesen hat, und die Genossen der Opposition den Bongen jedesmal ihren Verrat um die Ohren schlagen, hat man vom Hauptvorstand die Anweisung herausgegeben, den „Arbeiter“ (des Opposition) das Maul zu stopfen. Man bestellte darum dieser Tage sechs Kollegen, nur Oppositionelle, zu einer Sitzung, und legte ihnen, nachdem der Bonge Opih, Landesgut, lang und breit eine Moralpredigt gehalten hatte, einen neuen Vollmachtsschein vor, um Plagen einzureihen. Die Kollegen aber haben es abgelehnt, sich von diesen Bongen erneut auf Blatteis führen zu lassen. Die Textilarbeiter haben diese Vertreter durchschaut und werden den nächsten Kampf anders zu führen wissen.

Landeshut

Reichsbannerhauptling schimpft Arbeiter-Gesindel

Von einem parteilosen Besucher der Reichsbannerversammlung wird uns geschrieben:

Ich war am Sonntag, dem 30. November, in der Versammlung der Reichsbanner hier im Schützenhaus. Was da alles gesagt wurde, von Ihnen, Herr Schiller, vom Blatt gelesen wurde, war derselbe Jim, den man in jeder SPD-Versammlung hören kann. Der alte Schwindler, SPD und Nazi gingen Hand in Hand. So'n hinverbranntes Geschwätz, das man Kindern als Märchen erzählen sollte, aber nicht erwachsenen, denkenden Menschen. Mich näher mit Ihrer und Ihres Genossen Grubbe Rede zu beschäftigen, finde ich gar nicht der Mühe wert, denn jeder Klassenbewußte Arbeiter weiß bereits, was er von der SPD zu halten hat. Aber der Schluß der Rede Ihres Genossen war einfach eine Gemeinheit, wie man eine solche nur von den Nazis erwarten kann.

Ihr Genosse, genau so ein Parteibonze wie Sie, mit soundsoviel hundert Mark Monatsgehalt, das aus den Taschen der Proleten geholt wird, der hat Zeit, sich eine Rede tagelang vorher einzuzubereiten.

Von Haus und Hof vertrieben

Erkendorf. In welcher rigorosen Weise heute nicht nur gegen Arbeiter, sondern auch gegen Mittelständler und Kleinbauern vorgegangen wird, dafür liefert uns ein Dokument Aufschluß, welches uns zur Verfügung gestellt wird. Einem früheren Gutsbesitzer, der Vater von acht Kindern ist, wurde dieser Tage vom Amtsvorstand folgendes Schreiben übermittelt:

Blasdorf, den 20. 11. 1921.

An den früheren Gutsbesitzer
Albert Grasselt
Erkendorf.

Sie werden hierdurch aufgefordert, nach Verf. 9/r. 2. 1821 u. 15. 4. 1929 sich eine andere Wohnung bis zum 10. Dezember d. J. zu besorgen, da am genannten Tage die Beschlagnahme der jetzigen Wohnung aufgehoben wird; da Ihnen sonst ein Obdach in einer Scheune, Barake oder Schuppen wegen Mangel an Wohnräumen zugewiesen werden müßte.

Der Amtsvorsteher.

Stempel. Unterschrift: Martin.
Das Wort Scheune ist auf dem Original dieses Dokumentes

studieren. Wenn er nachher Diskussionen auffordert (nachdem er sich überzeugt hatte, daß keine Führer der SPD da waren), sich aber niemand meldet, nennt er uns Proleten selbes Gesindel! Das kann auch nur ein ganz hornarterter Schändel fertigbekommen. Weiß er nicht die Ursache davon, weshalb sich keiner meldete? Ich kann sie ihm sagen: Er studiert seine Rede tagelang vorher ein, denn das ist seine ganze eigentliche Arbeit. Die Versammlungsbesucher aber, zum größten Teil arme Proleten, die die ganze Woche — frei heraus gesagt — auf der Straße liegen müssen, nur um ihr tägliches Brot zu verdienen, und trotzdem noch hungern müssen, haben keine Zeit und keine Mittel, um sich geistlich aufzuklären, um Ihnen die einzig richtige Antwort geben zu können. Diese Proleten als selbes Gesindel zu bezeichnen, das kann nur ein „Auch-Arbeitervertreter“ der SPD fertig bringen! Aber das Gesindel wird euch eines Tages die Antwort geben, daß ihr die Sprache für immer verliert. Der Faschismus, der durch die führenden Sozialdemokraten großgezogen wurde, kann und wird durch diese Leute nicht beseitigt werden.

Nur die Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten im Kampf und unter Führung der kommunistischen Partei wird die braune Pest beseitigen!

Nazi als Vermieter

Im Hause Mühlgrabenpromenade 11 herrschen ganz eigenartige Zustände. Das Haus gehört dem bekannten Fabrikbesitzer Brinckmann, wird verwaltet vom Pächter, Molkereibesitzer Eisner. Der Vorderingang ist aber nicht für jeden Bewohner da, sondern nur für den Pächter und die anderen sogenannten besseren Bewohner des Hauses. Alles andere darf nur den Hintereingang benutzen, der aber nur bei Tage und bei trockenem Wetter durch den Hof ohne Gefahr benutzt werden kann, weil der Schmutz und die Finsternis Schwierigkeiten machen. Eine Gaslampe ist wohl da, brennt aber fast nie, und Treppenbeleuchtung existiert nicht. Nun hat der Pächter einer Erwerbslosen als Untermieterin auf dem Boden eine Wohnung „möbliert“ abgegeben. Da die Bewohnerin vorher selbst eine eigene Wohnung mit Einrichtung hatte, sie also bis auf einen alten Stuhl ihre eigenen Sachen benutzte, ist die aberlangte Miete von monatlich 25 Mark enorm hoch für eine Wohnung unter dem Dach, eine Stube mit einer Kammer, wo die hohen Ziegeln durchgucken. Neben anderen Unbequemlichkeiten muß das Wasser im Hofe aus dem Pferdestall geholt werden, ein Auszug ist auch nicht im Hause. Für die besseren Mieter ist alles aufs bequemste eingerichtet, für die Untermieterin gibt es trotz der hohen Miete nichts. Eine Beschwerde beim Besizer hatte ebenfalls keinen Erfolg, die Erwerbslose kann weiter ausgepreßt werden. Ein Sohn dieses Eisner ist Mitglied bei den Nazis. Eisner selbst wie Brinckmann sympathisieren stark mit der NSDAP.

Arbeiter! So steht das Wohlwollen dieser Arbeiterpartei und ihrer Anhänger den Erwerbslosen gegenüber aus. Darum, Augen auf! Seht euch euren Mitmann, seht euch die Geschäftsleute dieser Gegend genau an. Handelt nach dem Sprichwort: Wie du mir, so ich dir!

durchstücken. Man will also diese Familie mit acht Kindern nicht in einer Scheune, sondern nur in einer Barake oder einem Schuppen unterbringen. Wie ein Blitzlicht beleuchtet dieser Was die Zustände in unserer famosen sogenannten Republik. Während heute immer noch auf den Schlössern der Großagrarien selbst für die Pferde die herrlichsten Ställe zur Verfügung stehen und die auf den Schlössern wohnenden Grafen und Barone einen noch größeren Luxus treiben als früher, wird hier einem Beamten einfach ein Schuppen zugewiesen.

In diesem Schuppen können jetzt, wenn der Winter herankommt, die acht Kinder ruhig erfrieren, wenn nur die Pferde der Grafen und Barone warm und gut untergebracht sind.

Und so stellt dieser Akt einer amtlichen Behörde einen Skandal von direkt aufreizender Wirkung dar. Er zeigt, daß es notwendig ist, daß nicht nur die Arbeiter, sondern ebenso auch die kleinen Bauern sich nicht in die Gefolgschaft der Landhändler begeben sollen, sondern sich einreihen müssen mit den Landarbeitern und den Arbeitern der Stadt, um auf dem kürzesten Wege solche Zustände unmöglich zu machen.

Niederschlesien

Die Erwerbslosen von Sagan beschließen Mieterstreik Regierung durchgepeitscht

Sagan. Der Erwerbslosenausschuß hatte zu einer Versammlung aufgerufen, um Berichte entgegenzunehmen von der Erwerbslosenkonferenz in Breslau. Genosse Hauser war mit diesem Bericht beauftragt. In den Mittelpunkt desselben stellte er die Bildung eines RHD-Komitees. Es soll schon in aller nächster Zeit allen Ernstes daran gegangen werden, dieses Komitee zu bilden. Es wurden auch bereits die Beitragssätze bekanntgegeben und eine Registrierung der Versammlungsbesucher durch Listen vorgenommen. Ergänzt wurde der Bericht durch den Genossen Leonhardt, der über den Vortrag des Genossen Jhila auf der Landeskonferenz sprach. Er verstand es sehr gut, den Anwesenden die Gedanken verständlich zu machen, die in dem Referat enthalten waren. In den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, und es wurde auch eine Anzahl Fragen beantwortet. Dann wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Stellungnahme des Kreisrates gegenüber den Erwerbslosenanträgen auf Sonderbeihilfe in schärfster Weise angeprangert wird. Die Resolution fordert weiter die Erwerbslosen auf, alles daran zu setzen, um eine Sonderbeihilfe zu erlangen. Zur Verhärterung des Erwerbslosenausschusses wurden fünf Arbeiter hinzugezogen, von denen jeder noch eine besondere Aufgabe zu erfüllen hat.

Des weiteren wurde der Beschluß gefaßt, sofort in den Mieterstreik einzutreten.

Sollte es den Erwerbslosen nicht gelingen, dann werden sie sich einen entsprechenden Betrag von der Miete sichern und diesen so lange einbehalten, bis von Kreis und Stadt den Forderungen der Erwerbslosen auf Sitz und Stimme im Fürsorgeauschuß stattgegeben und die Erhöhung der Ratsätze um 25 Prozent sowie die beantragte Sonderbeihilfe bewilligt sei.

Am Schluß der Versammlung forderte Genosse Weppert die Anwesenden auf, eine Demonstration zu veranstalten. Das wurde einstimmig angenommen und die Versammlung marschierte nach dem Ludwigsplatz. Genosse Schirdewahn-Breslau hielt hier eine Ansprache, in welcher er den Charakter dieses Steuerraubs unter der Zustimmung der versammelten Arbeiter an den Pranger stellte. Nach Genossen Schirdewahn ergriff noch Genosse Weppert das Wort und teilte mit, daß im Stadtparlament sieben die Regierung mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen worden war. Die Bekanntmachung löste eine ungeheure Empörung unter den Versammelten aus. Genosse Weppert besprach dann noch weiter die Tätigkeit unserer Stadt-

verordnetenfraktion; er betonte dabei, daß diese einen Antrag auf Bezahlgeld der Kosten für einen Krankenschein und die Argwohnstiftung im Parlament gestellt hatte, der aber mit den Stimmen der SPD abgelehnt worden war. Die Sonderbeihilfe der Erwerbslosen sei wohl im Stadtparlament beschlossen worden, aber mit dem Zusatz, daß sie nur zur Auszahlung gelangt, wenn 70 Prozent davon vom Kreise erhaltet würden. Genosse Weppert berichtete weiter, daß der Kreisrat mit Hohnschlägen und Ignominien über seinen Antrag auf Sonderbeihilfe geantwortet habe. Auch die SPD habe mit Herrn Kieger und seiner Fraktion gegen die Erwerbslosen gestimmt, während die Junfer und Agrarier ganze 20 000 Mark für Stadt und Kreis als Zuschuß anboten, was im Grunde genommen nichts weiter sei als eine Verhöhnung. Er brachte zum Schluß unter Verfall zum Ausdruck, daß sich die Erwerbslosen diese Verhöhnung nicht gefallen lassen werden.

Der Streber im Dienst

Allen Saganern wird es schon aufgefallen sein, daß sich unter den Polizeibeamten einer immer besonders hervortut. Das ist der Hauptmachtmeister Thiel. Dieser ließ sich nach hier versetzen und glaubt nun wahrscheinlich, dazu auszureichen zu sein, allein die „Ordnung“ zu erhalten. Soweit bisher Gelegenheit gegeben war, seine „Arbeit“ im Interesse der Aufrechterhaltung dieser „Ordnung“ zu tun, kann man ihm das Zeugnis ausstellen, daß er tatsächlich sehr eifrig bemüht ist, die Aufmerksamkeit seiner vorgesetzten Behörde auf sich zu lenken, um für seine Schneidigkeit dann entsprechend „belohnt“ zu werden. Das geht so weit, daß bereits Schulkinder gekannt haben, welchen Eifer dieser Ordnungshüter einflößt. Die Arbeiterschaft von Sagan aber wird sich auch durch diesen neuen Wesen, die ja alle bekanntlich sehr gut lehren, nicht über seinen wahren Wert täuschen lassen. Ebensovienig wie sie sich durch ihn abhalten lassen wird, weiter wie bisher ihren Kampf zu führen.

Hebr

Wo ist Buchwitz?

Am Sonntag, dem 30. November, sollte die in Liebau mit großem Lärm angekündigte Reichsbanner-Besucherversammlung stattfinden. Trotz Hauszitation waren nur die Spieler und wenige Mannen beim Volkshaus erschienen. Das Referat: „Wer sind die Totengräber der deutschen Republik?“ sollte der Abgeordnete

Buchwitz, Görlich, halten, und zwar am Markt. Es hatten sich um die angegebene Zeit (15 Uhr) einige Neugierige auf den Straßen eingefunden. Auch am Markt standen Neugierige, die das Herandrängen des Reichsbanners sehen und den Referenten hören wollten. Die Zeit war schon vorbei, und man sah immer noch kein Reichsbanner und keinen Referenten, so daß alles in der Stadt brüllte: Regierbild! Wo ist Buchwitz?

Nach einiger Zeit erfuhr die Leute, daß Buchwitz nicht da sei. Er hatte es verstanden, zu Inszenieren, wie sie es alle machen, und die Ortsgruppe „lernte“ von ihm, indem sie ebenfalls Inszenieren und nicht veranstaltete. Entweder aus Furcht oder wegen der schwachen Beteiligung. Beides scheint zuzutreffen. Reichsbannerproleten, wie lang wollt ihr euch noch an der Nase herumführen lassen? Macht Schluß und kämpft mit der SPD!

Liegnitz

Warnung!

An alle Ortsgruppenleitungen!
Sollte in einer Gruppe sich ein Parteimitglied melden auf den Namen Kühne, Parteibuch im November ausgefüllt, so ist diesem keine Partei- und Kampfbundkarte abzunehmen. Er hat auch noch 50 „Arbeiter-Zeitungen“ abzurechnen. Kühne wird angeblich auf Berlin zu kommen; er spricht Brandenburgischer Dialekt.

Beitragliche Inszenierung!
Sollte die „Volkzeitung“, seien von kommunistischer Seite im Liegnitz und Schwidnitzer der Geschäftswelt vor, sie kommen im Auftrag der Gewerkschaft und vom Volkshaus, und verweigern, daß sie von kommunistischer Seite kommen.

Wir erklären der Geschäftswelt folgendes:
In Liegnitz geht zurzeit nur ein Vertreter der „Arbeiter-Zeitung“ Inszenieren sammeln. Der Genosse Granalle weiß sich bei jedem Geschäft aus, hat auch nicht nötig, den Geschäftsleuten zu erklären, von der Gewerkschaft oder dem Volkshaus zu kommen, denn jeder Geschäftsleute kann unterscheiden zwischen „Arbeiter-Zeitung“ und „Volkzeitung“.

Und morgen schon kannst du selber ein Opfer der Klassenjustiz sein.

Siebst du noch heute für deine eingekerkerten Klassenbrüder, ihre Frauen und Kinder, für die Winterbeihilfe der RHD, so wird der Kampf gegen Polizei, Nazi- und Justizterror erfolgreich sein!

„Wenn wir 1918...“

Sozialfaschistische Rollkommandos zur Niederschlagung der Arbeiterklasse

Versorgungsansprüche bei Körperchäden der Schupo und Reichswehr gleichgestellt

Im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Propaganda entwickeln sich augenblicklich in Oberschlesien bedeutsame Dinge, die von der Arbeiterschaft aufs stärkste beachtet werden müssen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Forderung der Faschisten nach Waffen und nach Ausstellung eines Selbstschutzes nichts anderes bedeutet, als die Forderung nach legaler Bewaffnung der Faschisten zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft. Und schon begannen die Faschisten, ihre Forderung zu realisieren. Der Hindenburg-Kriegerverein soll seine Mitglieder bereits mit Waffen versehen haben, und auch über Vorgänge auf dem Vorposten, einer alten faschistischen Wirtshauskette, werden neuerdings Gerüchte laut. Als Heinz Hauentien, der berühmte Generalsekretär der Selbstschutzes, vor einigen Tagen in Gleiwitz zum neuen Posten heftete, da mitle die SPD-Presse so etwas wie Protest gegen neue Selbstschutzespläne. Was dieser Protest wert ist, beweist der Verlauf einer von der SPD. geschickenen Versammlung, die am Sonntag, dem 30. November, im Gewerkschaftshaus in Hindenburg stattfand. Zu dieser Versammlung waren die Mitglieder des Reichsbanners, der SPD. und der freien Gewerkschaften geladen. Ein geladener Funktionär der freien Gewerkschaften, der im Verdacht stand, zur SPD. zu gehören, wurde aus der Versammlung vor deren Eröffnung entfernt. Es handelte sich also um eine regelrechte Geheimkonferenz. In der Versammlung wurde die Bildung einer Schupo

unter sozialfaschistischer Führung beschlossen, die für den Ernstfall als Rollkommando gegen revolutionäre Arbeiter eingesetzt werden soll, die aber wahrscheinlich auch dem Selbstschutz analoge Aufgaben erfüllen soll.

Im Falle des Einsatzes wollen die Mitglieder dieser Schupo in bezug auf Versorgungsansprüche bei Körperchäden der Schupo und Reichswehr gleichgestellt sein. Es handelt sich also um eine mit Hilfe von Regierungsstellen von den Sozialfaschisten geschaffene Bürgerkriegsgarde gegen das Proletariat. In der Versammlung hielt ein Polizeihauptmann in Zivil einen Vortrag.

Wir fragen: Was geht da vor? Organisiert die Polizei bereits den Selbstschutz? Haben die sozialfaschistischen Bonzen bereits ein fertiges Bündnis mit der bewaffneten Macht des Staates zur Niederschlagung der Arbeiterklasse? Und was sagen die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Mitglieder zu diesen Aktionen gegen die Arbeiterklasse?

Die Arbeiter aber fordern wir auf, nicht nur auf das Treiben der Faschisten, sondern auch dieser sozialfaschistischen Bürgerkriegs-Rollkommandos zu achten und ihrerseits zum Kampf gegen den Faschismus zu rufen.

Massenentlassungen in der Industrie

In Plegnitz sind soeben bei einer Reihe von Firmen den Angestellten wieder Entlassungen mitgeteilt worden. Teilweise handelt es sich um vorzeitige Kündigungen, um eine Herabsetzung der Gehälter zu erzielen. — Die Firma J. G. Weimert jun. Söhne, Hartmannsdorf, Kreis Lauban, hat wiederum für 120 Arbeitnehmer die Kündigung vor, da der Betrieb im Januar endgültig stillgelegt werden soll. — Der Belegschaft der Zigarettenfabrik Pabel & Geist in Goldberg, 140 Personen, ist gekündigt worden. — In Wanssen wurde in verschiedenen Tabakfabriken 800 Arbeitnehmern gekündigt. — Die Gussgrube hat zum 15. Dezember die Kündigung von 53 Beamten und 580 Arbeitern geplant. — Von der

Rothenbacher Grube ist die Stilllegungsbearbeitung bereits erstatet worden.

20 Pf. Stundenlohn-Abbau gefordert!

Plegnitz. Die Gurleneiselegerei und Sauerstofffabriken kündigten zum Jahreschluss die jetzigen Tarife und fordern eine Lohnsenkung von 20 Pfennig je Stunde. Eine im Volkshaus stattgefundene Protestversammlung der freien Gewerkschaften hat scharfsten gegen den geplanten Lohnabbau protestiert.

Was geht an der Ostgrenze vor?

Auffehen erregende Interpellation der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellationsanträge eingebracht:

Aus Jüterburg wird berichtet: „Seit Montag wird in der Petrichswerkstätte Jüterburg der Reichsbahn Lieferpost geteilt. Während bisher nur ein Panzerzug, bestehend aus einer Maschine und einem Wagen, für Jüterburg zur Verfügung stand, geht die Leitung der BW. jetzt dazu über, einen neuen Panzerzug auszurüsten. Dieser Zug besteht aus einer Maschine und drei Wagen. Am 2. Dezember wurde ein Teil der Belegschaft der BW., und zwar die zuverlässigen Elemente, zu einer Aussprache zusammengefasst. Man versuchte hier, der Belegschaft die Notwendigkeit der Rüstkungen plausibel zu machen.“

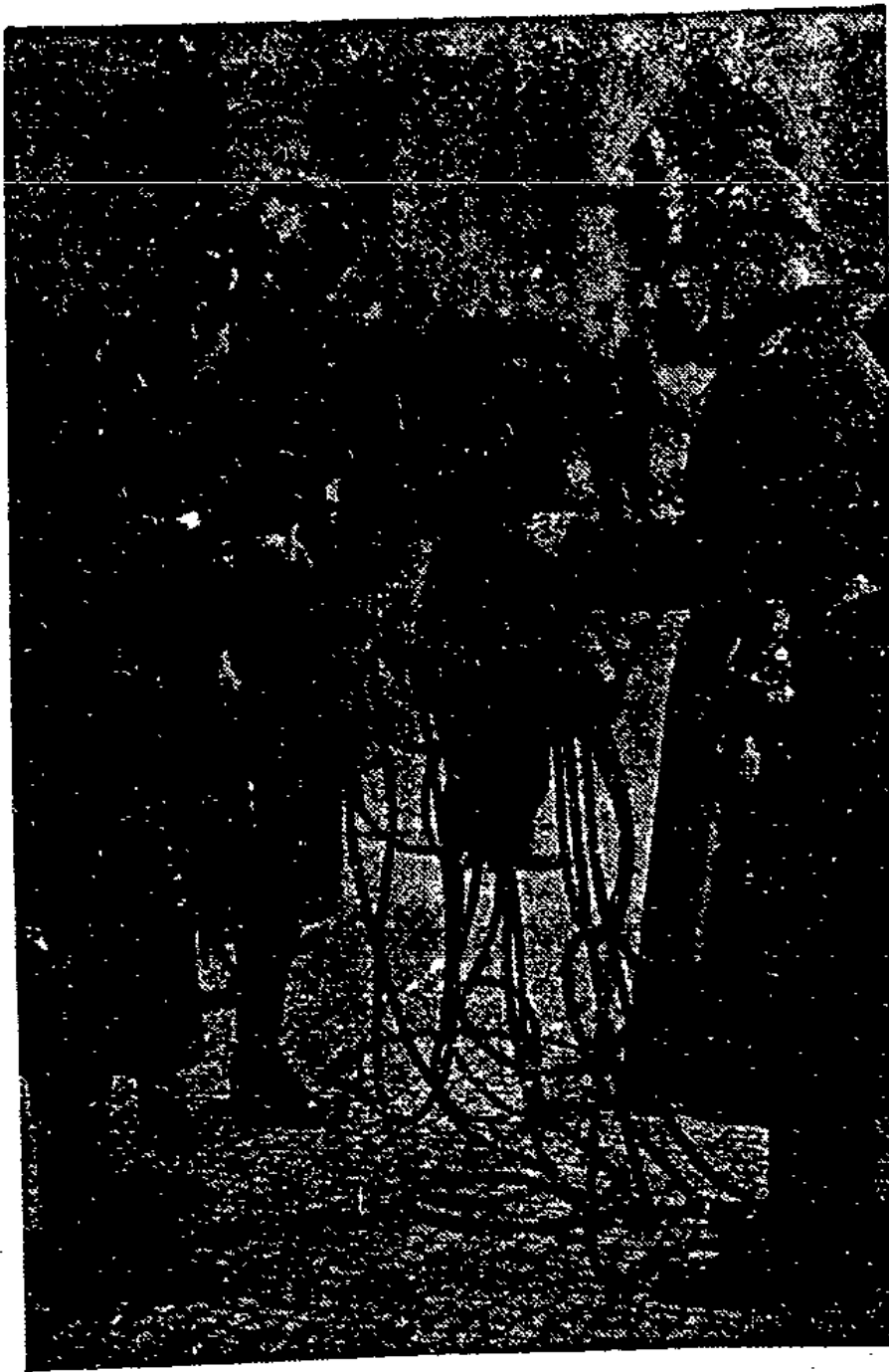
Wir fragen die Regierung, ob sie Kenntnis von diesen Vorgängen hat, und wenn ja, aus welchen Gründen und gegen wen diese Maßnahmen getroffen wurden?

Die nationalsozialistische Tageszeitung, der „Angriff“, bringt im Zusammenhang mit der Verhaftung von bewaffneten nationalsozialistischen Sturmabteilungen im Schloss Jäschowitz unter der Überschrift „Die Hintergründe von Breslau“ u. a. folgende Bemerkung:

„Sollte man die Sache aber weiter ausbauen und etwa mit Parteiverboten gegen die NSDAP. winken, so könnten wir sehr deutlich werden. Herr Severing weiß ja wohl, was wir meinen.“

Diese Bemerkung läßt den Schluss zu, daß der preukische Innenminister von dem Austritt der nationalsozialistischen Sturmabteilungen gewußt und diese als Bürgerkriegstruppe gegen die deutsche Arbeiterschaft gebildet und gefördert hat. Wir fragen die Regierung, ob sie eine Untersuchung dieser Angelegenheit eingeleitet hat, und ob sie bereit ist, Auskunft darüber zu erteilen?

Severings Stricke für die faschistische Hungerdiktatur



Während Brünnings Reichstag die 48er Notverordnungen gutheißt, sperrt die Schupo die Umgebung des Reichstages mit starken Seilen ab. Motto: Dem Deutschen Volke — der Hungerstrolch!

Hinweg in der Getränkesteuer

Ist ihre Nichtbezahlung Zehnpfennerei?

Einem Artikel der „Deutschen Rundschau“ entnehmen wir:

„Seit einigen Tagen ist die zehnprozentige Getränkesteuer in Kraft getreten. Eine Steuer auf den Durst, auf die primitivsten Lebensbedürfnisse des Menschen. Keine Tasse Kaffee, kein Glas Limonade kann man mehr zu sich nehmen, ohne daran erinnert zu werden, daß in Deutschland der Brünnings-Faschismus regiert. Wofern man auch geht, überall, in allen Lokalen hört man Worte der Entrüstung und Empörung über diese neue Art der Ausbeutung. Sie wirkt sich aus als eine Art Sondersteuer für alle die, die keinen eigenen Haushalt, keine eigene Wohnung haben, und die daher gezwungen sind, ihre Mahlzeiten in Lokalen einzunehmen.“

Sie bedeutet den Beginn des Vernichtungskampfes gegen die kleinen und mittleren Gastwirte, die schon schwer genug um ihre Existenz ringen und denen man auf diese Weise die Gasse aus dem Lokal treibt. Sie muß neue Arbeitslosigkeit für die Angestellten im Gastwirtsgerwerb und in den betroffenen Industrie- und Handelsgewerben zur Folge haben.

Mit dieser Steuer sollen die Städte ihre verworrenen Finanzen ordnen. Man hofft auf eine neue riesige Einnahmequelle, wobei es allerdings fraglich ist, ob die Kosten der Steuererhebung nicht einen wesentlichen Teil der beschlossenen Einnahmen verschlingen werden.

Im übrigen beginnt der Widerstand gegen diese Steuer in einigen Städten bereits ganz bestimmte Formen anzunehmen. Wie wir der „Saarländerzeitung“ entnehmen, weigern sich in Dresden viele Gäste, diese Steuer zu bezahlen. Diese Gäste erhalten ein Buch vorgelegt, in das sie ihre Namen, Adresse und den schuldigen geliebten Steuerbetrag notieren. Manche Wirte geben kein Buch, sondern lassen lose Zettel verwenden, die sie dann zu Hunderten der Steuerbehörde vorlegen werden. Die Behörde verlangt von den Wirten, daß sie diejenigen Gäste, die sich weigern, die Steuer zu bezahlen, wegen Zehnpfennerei verklagen. Das lehnen die Wirte mit Recht ab, denn nach der zweifellos richtigen Ansicht der Lokalinspektoren liegt Zehnpfennerei nur vor, wenn die Bezahlung verzehrter Speisen und Getränke verweigert wird.

Es wäre angebracht, der schlechten Lage der meisten Lokale in Breslau angeblich, wenn ihre Inhaber so bald als möglich auch davon übergeben würden, diese Art Steuer zu bekämpfen.“

In dieser Zeit der immer stärker werdenden Modifizierung der Welt, die unter der Führung der SPD. unaufhörlich die brüchig und morsch gewordene Feste des Kapitalismus bestärken, geht in den Reihen der Mitglieder der freien Gewerkschaften, der SPD. und der Unorganisierten ein tiefer und bedeutender Umschichtungsprozess vor sich, der sich auf die kurze Formel bringen läßt: das Verweirnen mellester Schichten des Proletariats und der proletarisierten Mittelschichten zur SPD. wächst täglich, das Mißtrauen dieser Schichten gegen die Sozialdemokratie wächst ebenso schnell, ja oft noch schneller. Die Rebellien der proletarischen Elemente in der SPD. nehmen immer drohendere Formen an und signalisiert aufs deutlichste den Niedergang der SPD. Immer größer und unüberbrückbarer wird die Kluft zwischen den proletarischen Mitgliedern dieser Partei und ihrer bankrotteten, verräterischen Führerelike.

Da ist in diesen Tagen (im Malik-Verlag, Berlin) ein Buch erschienen, das eine vernichtende Würdigung mit der Haltung der SPD.-Führer enthält. „Wenn wir 1918...“ heißt es. Der Breslauer SPD.-Funktionär Walter Müller — den Lesern der „Arbeiter-Zeitung“ aus Zuschriften bekannt — hat es geschrieben. Das Buch, eine „realpolitische Studie“, schildert unter der Voraussetzung, daß das deutsche Proletariat im November 1918 ganze Arbeit gemacht und das deutsche Proletariat zum Teufel gejagt hätte, den Lauf und die Entwicklung der Welt, bange stellt an Leitartikeln. Es beginnt mit den Sätzen:

„Roste in Kiel von roten Matrosen festgenommen!
Obert im Flugzeug nach Holland entflohn!
Nieder mit den Reformisten!
Hoch die soziale Revolution!“

Dann beginnt, nach kurzem Waffenstillstand, der Krieg der kapitalistischen Mächte gegen die Revolution. Die Revolution regt. Später entstehen in der ganzen Welt, außer Amerika, Sowjetrepubliken, die sich zu einer Föderation zusammenschließen. Den Hauptinhalt des Buches bilden Schilderungen über den sozialistischen Aufbau der Welt, der sich unter den größten Schwierigkeiten vollzieht. Über das steigende Proletariat überwindet in jähem, unermüdlicher Arbeit alle Hindernisse, die sich seinem Willen entgegenstellen. Zum Schluss mündet das Buch aus in dem Endkampf zwischen dem kapitalistischen Amerika und der sozialistischen Welt-Sowjetunion. Die Sowjets gegen die Erde ist von jeder kapitalistischen Ausbeutung befreit. „Umsamt euch, Brüder! Die Welt ist unser!“, mit diesen Worten endet das Buch.

Sein Verfasser wollte keine Literatur fabrizieren, keine künstlerische Leistung vollbringen; es war ihm um die politische Willensüberzeugung und die politische Wirkung zu tun. Das scheint ihm in allem Umfange gelungen zu sein. Die Sprache dieses Buches, von einem Proletarier geschrieben, wird von allen Proletariern verstanden werden. In höchstem Gedankenschwunge von gigantischen Ausmaßen beschreibt Müller den Aufbau einer neuen Welt, die heute schon die Arbeitslosigkeit und all die Uebel des Kapitalismus überwunden, die aus den Unterdrückten und Besiegten — Sieger und Befreite Menschen gemacht hätte und auf dem Wege wäre, das Endziel des Proletariats: die klassenlose Gesellschaft, den Sozialismus zu verwirklichen, — wenn wir 1918...

Das ist das Positivum des Buches. Klar und deutlich zeigt es dem proletarischen Leser die Kriesschuld der SPD.-Führer, sagt es ihm, daß diese bankrotteten SPD.-Führer die allein Schuldigen an dem inneren Massenelend und der Not des Proletariats sind, weil sie waren, die 1918 die proletarische Revolution in Deutschland verhindern und so dem Lauf der Welt eine andere Richtung gegeben haben. Zweitausend Millionen Menschen auf unserem Planeten wären befreit, wenn wir 1918...

Jeder weiß, daß es anders gekommen ist, jeder muß aber die Schuldigen kennen. Es ist noch nicht zu spät. Für jeden ehrlichen Proletarier, der heute noch Mitglied der SPD. ist, kann es, wenn er dieses Buch gelesen hat, nur eines geben: Heraus aus dieser Partei, deren Führer vor zwölf Jahren, damals und all die vielen Jahre lang, die Interessen des Proletariats verraten haben. Daß sie es auch morgen und übermorgen tun werden, so lange, wie ihnen die Mitglieder folgen, steht außer jedem Zweifel, wird täglich durch ihre Politik bewiesen.

Wenn wir 1930... wenn wir so bald als möglich das nachholen und tun, was wir 1918 nicht getan und verabsäumt haben, nämlich die SPD.-Führer zum Teufel jagen, dann ist es noch nicht zu spät. Das ist der Sinn des Buches von Walter Müller. Und wohl auch die Ursache, die ihm die Feder in die Hand gedrückt hat: die Empörung über den jahrelangen, beispiellosen Verrat der SPD.-Führer. Und darum gehört das Buch in die Hände jedes SPD.-Arbeiters, in die Hände all derer, die bis heute noch nicht die Rolle dieser kapitalistischen Lakaien begriffen haben. Für diese Sozialdemokraten, die noch heute ihren Führern folgen, ist das Buch geschrieben worden. „Sollt das noch, was ihr 1918 verabsäumt habt“, will der Verfasser seinen eigenen Parteigenossen zurufen. Darum schweigt es die SPD.-Presse tot, darum tun die „Volkswacht“-Redakteure so, als ob es nicht existierte, darum hat man den Verfasser aus der SPD. ausgeschlossen. Aber all das wird den Niedergang der SPD. nicht aufhalten können, ebensowenig wie es verhindern kann, daß das Buch „Wenn wir 1918...“ in die weitesten Kreise dringen wird.

„Wenn wir 1930... die SPD. verlassen und uns in die rote Klassenfront des Proletariats unter der Führung der kommunistischen Partei einfügen, werden wir den Massenelend endgültig belegen können und den Sozialismus verwirklichen.“ Das sagen sich täglich die sozialdemokratischen Arbeiter. Und sie finden den Weg zur SPD., den einzigen Weg, der sie zum Lichte führen kann. Soweit das Buch Walter Müllers zu dieser Erkenntnis beiträgt, ist es nicht umsonst geschrieben worden!

Das Buch von Walter Müller ist zu haben in unserer Buchhandlung, außerdem nehmen Bestellungen unsere Zeitungscolporteurs entgegen.

„Hamburger Volkszeitung“ verboten!

Hamburg, 6. Dezember. (Sig. Bericht.) Der sozialdemokratische Senator Schönfelder hat die „Hamburger Volkszeitung“ und die „Norddeutsche Zeitung“ auf Grund des Republikbeschutzgesetzes bis auf weiteres, längstens bis zum 1. Januar 1931 verboten. Das Verbot erfolgte mit der gleichen Begründung, wie die Beschlagnahmeverfügung, die deshalb ausgesprochen wurde, weil sich die Leser der „Hamburger Volkszeitung“ bei den Tatsachenberichten über die Zusammenhänge etwas „Gefährliches“ denken können.

Auch die schlesische und oberschlesische Arbeiterschaft protestiert mit aller Schärfe gegen dieses nicht einmal genau begriffene Verbot durch eine sozialdemokratisch geführte Regierung.

Gebrüder Wolffs Gaststätten in allen Stadtteilen!

Zentrum

Union-Weinhaus
Besitzer: Willy Neumann
Weiße-Stühlen-Bar
Neue Gasse 2 Tel. 256 05
1547

Albert Gutschke, Reuschestr. 29/31
bekannt als leistungsfähig in Leder- u. Schuhbedarfsartikeln
Zweigstellen: 1. Gräbschener Str. 19 21 / 2. Mollkestr. 14
3. Bohrauer Straße 27 / 4. Poststraße 7
Einkaufsquelle sämtlicher Werkstoffe!
1281

B. Pohlz Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik
Filialen in allen Stadtteilen
1279

Metallbettstellen / Matratzen
Gaskocher
Beier & Olowinsky s.m.b.H.
Herrenstraße 31
1179

Menzels Brauerei - Ausschank
Verkauf von 3-Kronen-Jungbier
Kupferschmiedestr. 5/6, Fernr. 58117
Bestempfohlene warme und kalte Küche
Reichhaltige Mittag- und Abend-Karte
1716

Mütze und Hut
kaufen Sie gut
ROBERT SCHUPPE, Nikolaistr. 34
1708

„Alkazar“
Die Unterhaltungsstätte
des Volkes!
Direktion Gust. Büttner
1278
CARL PAUL, Schreibeplatz 1/5
Cetolide-Dampfbrenner
Spezialität „Friedens-Crem“
1274

W. Kelling
reinigt / färbt / wäscht
1272

NÄHMASCHINEN
für Haushalt, Heimarbeit u. Gewerbe
10 Mk. Anzahlung, 2,50 wöchentl. Ratenzahlg.
Jos. Greulich, Mechanikerstr.
Herrenstraße 24 Tel. 507 65
Reparaturen und Ersatzteile für alle Fabrikate
1689

„Zur gold. Marie“
HOBNERS Brauerei, Breitestr. 39
selbstgebraute Biere, anerkannt
preiswert und gute Küche
1709

Uhren, Gold- und Silberwaren
ARNHOLD ROSENTHAL
Neue Schweißnitzer Straße 5
Beste Bezugsquelle für
Arbeiter, Angestellte u. Beamte
1511

Für die Augen
Heidrich
Optikermeister • Stadttheater gegenüber
1707

Denk an die Deinen
durch Abschluß einer Bestattungs- oder Lebensversicherung beim
Volkswohl-Bund
Allg. Bestattungs- und Versicherungsverein a. G. Berlin. Bezirksd. ekt. Breslau, Junkernstraße 12
Gedächtnisstellen an allen größeren Plätzen der Provinz Schlesien und Oberschlesien
2098

RESERVIERT
1273

Brauerei u. Ausschank
„Zum groß. Meerschiff“
Inf. L. Woynt
Breslau, Reuschestr. 28
(11 Minute vom Königsplatz)
Telephon 50638
Ausschank nur selbstgebraut. Biere
Anerkannt gute Küche
Mittaglich von 12 bis 5 Uhr
1710

Kauft bei
Blasse!
Blasse ist billig!
Breslau, Graupenstr. 6-10
1276

Theodor Budhalt
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vogelfutter / Vogelkäfige
Käfig-Utensilien
1713

H. M. R. e m a k, Kupferschmiedestr. 37
zwischen Schmiedehölzchen u. Oderstr.
Lederhandlung, Schuhmacherbedarfsartikel
Lederausschnitte billigst
1940

DIE Zigaretten für ALLE

Haus Bergmann
Zigarettenfabrik AG, Dresden
1209

Städtische- und Feinkost-Haus
EDUARD SCHÖNFELDER, Neue Taschenstr. 17
im Hotel „Kronprinz“ Tel.: 297 31
2019
HOTEL „GELBER LÖWE“, Oderstr. 23
Treff • sämtlicher Werkstätten
Fremdenzimmer zu erm. Preisen
2021

FRANZ MOTZEK, Nikolaistr. 21
BÄCKEREI u. KONDITOREI
1554

MILCH, MILCHERIEPRODUKTE und
LEBENSMITTEL
Martha Neuwirth, Breite Straße 42
1558

Bäckerei
SIEGFRIED FRIEDLÄNDER
Ohlauer Straße 39
empfiehlt Qualitätsgebäck aller Art
1275

West

Zentral-Theater / Ballsäle
Breslau 6 / Westendstraße 50/52
Inhaber: Alfons Hahn / Fernruf 234 29
1922

Merkur-Drogerie
WILLY KLINERT
Leuthenstraße 12/14
1395

KARL MILDE
Kohlenhandlung und Fuhrgeschäft
Posener Str. 70. — Tel.: 585 74
1719

Kaufhaus
EMIL SCHMELZ
Friedrich-Wilhelm-Straße 25
2021

RESERVIERT
1397

Fleischerei und Wurstfabrik
PAUL GILLER, Alsenstraße 4
1396

Fleischerei und Wurstfabrik
RICH. DREUCKER
Westendstraße 45
1399

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigaretten, Zigarren, Tabakwaren
FRANZ RZEHULKA
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße
1290

KAISER-FRIEDRICH-APOTHEKE, Th. Grundke
Anfertigung von Rezepten sämtl. Krankenkassen
Friedrich-Karl-Straße 25, Ecke Alsenstraße
1553

MAX KUMMEL
Fleischerei und Wurstfabrik
Friedrich-Wilhelm-Str. 107
1714

Fleischerei und Wurstfabrik
HERM. LOREK, Alsenstraße 68
1391

Glückauf-Apotheke
Zehnerstraße 3a
1543

Fisch-Spezialgesch.
K. Schinzel, Frankfurter Str. 127
1396

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Alfred Wolf, Zehnerstraße 3a
1548

Kauft Blumen und Kränze
bei Frau **ELISABETH ROESSLER**
Alsenstraße 26
1388

Fleischerei und Wurstfabrik
EDUARD GUNDLACH, Alsenstr. 53
Filialen: Westendstr. 100 u. Katschbacht. 5
1392

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Agnes Berndt, Lange Gasse 58
1555

SCHUHWAREN
nur bei
WILHELM VOGEL
Scheitniger Straße 12
Friedrich-Wilhelm-Straße 66
2022

RESERVIERT!
1350

AL-RED WOLF
Eisenhandlung, Haus- u. Küchengeräte
das größte Spezialgeschäft des Westens
Alsenstraße 58, Ecke Leuthenstraße
1389

Fischwaren — Räucherwaren
HUOULLMANN
Friedrich-Wilhelm-Straße 99
1393

Wollins Festsäle, Frankfurter Str. 109/11
Ieden Sonntag und Dienstag Tanz
Saal zu Festlichkeiten
1717

EDUARD HOFFMANN
Molkerei
Weißburger Straße 34
1565

RESERVIERT
1398

Gaststätte Blumenthal vorm. Windisch
Matthiasstr. 146
empfiehlt gutgepflegte Biere und Getränke
Anerkannt gute Küche / Aufmerksame Bedienung
1670

Gustav FEIERTAG, Elbingsstraße 5
Bäckerei u. Konditorei
1706

Schuhwaren / Reparaturwerkstatt / Maßarbeit
KARL WOLNY
Waterloostraße 11
1566

Gut und preiswert kaufen Arbeiter
in der Bäckerei
F. BERGER, Kreuzstraße 38
1947

Möbelhaus Paul Rogoll, Matthiasstr. 59
kauft man gut und billig!
1701

HEDWIG DEPTA, Guelisstr. 3
FISCH-SPEZIAL-GESCHÄFT
1552

W. ZEMBROD
Waterloostraße 11
Kolonialwaren
Spirituosen
1567

M. SCHOLZ, Oelsenerstraße Nr. 15
Kolonialwaren / Konserven
Spirituosen / Weine
1704

Gaststätte „Zum Lessing“
Adalbertstraße 10
Treff • sämtl. Werkstätten
Saal für Vereinsfestlichkeiten
1557

Fisch Aberle
Matthiasstr. 159
1594

Julius FAULHABER, Trebnitzer Str. 46
Kolonialwaren
und Lebensmittelgeschäft
1715

Kolonialwaren / Delikatessen
EMILIE STRAUCH, Matthiasstr. 96
1568

G' STAY PUTZKE, Breslau
Die billigste Einkaufsquelle in
d. Fleisch- und Wurstwaren
Kletschkaustraße 15 u. Bänderplatz 12
1561

Hut-Hönisch
Matthiasstraße Nr. 139
1806

Paul Herrmann
Bäckerei u. Konditorei
Trebnitzer Straße Nr. 64
1580

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“
RICHARD ELISON
Matthiasstraße 161/63
1708

RESERVIERT!
1569

FRIEZ MOLLER
MOHLENIEDERLAGE
Spez. Mühl. Vogelfutter, Sämereien
Matthiasstraße 85
2017

K. Salomons Gaststätte, Rosenstr.
1564 Treffpunkt sämtl. Werkstätten

Fleischerei und Wurstfabrik
FAUL BERNDT
Weißburger Straße 4
1548

ERNST FRENZEL, Matthiasstraße 142
Bäckerei u. Konditorei
1703

Kolonialwaren / Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY
Matthiasstraße 80
1571

Hermann Lange, Matthiasstraße 183
Lebensmittelgeschäft. Wild u. Geflügel
2018

Das echte
Schlafzbröt
Vollkornbrot
HERMANN SCHOLZ, Bäckermeister
Gräbschener Str. 68
1386

Edvard Sternitzka, Lewaldstr. 8
Fleischerei u. Wurstfabrik
1712

Kolonialwaren / Spirituosen
HEINRICH TITZE NACHF.
Trebnitzer Straße 12
1563

ANTON MAROSCH, Matthiasstr. 48
Fisch-Spezialgeschäft
2020

Friedrich
Breslau, Klosterstr. 39
Telefon 24820
Erd-, Feuerbestattungen
Bestattungsversicherung
Niedrige Preise
1499

Süd

Kostengünstig billiges Einkauf
in Südbreslau mit Warentransporten
Gabitzstraße 4
Wiederverkäufer Sonderpreise!
2019

SCHUHHAUS FRÖHLICH
Spezialhaus
für Herren-, Damen- und Kinderschuhe
Klosterstraße 85
2113